



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Forschungszentrum
Migration, Integration und Asyl

Migrations- und Integrationsforschung

Jahresbericht 2016 des Forschungszentrums
Migration, Integration und Asyl im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Migrations- und Integrationsforschung

Jahresbericht 2016 des Forschungszentrums Migration,
Integration und Asyl im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Vorwort



Renate Leistner-Rocca
Leiterin des Forschungszentrums
Migration, Integration und Asyl

Liebe Leserinnen und Leser,

der „Herbst der Migration“ 2015 mit den hohen Zugangszahlen von Geflüchteten stellte nicht nur das Bundesamt vor organisatorische Herausforderungen, sondern prägte auch die Themen des Forschungszentrums. Als Kompetenzzentrum rund um Forschungsfragen zu Migration, Asyl und Integration trägt es in seinen Forschungsberichten, Working Papers und BAMF-Kurzanalysen 2016 dem gestiegenen Forschungsbedarf im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung Rechnung.

Ganz am Puls der Zeit waren die Arbeiten des Forschungszentrums 2016 primär durch die Asylzuwanderung geprägt. Dazu gehörten zum Beispiel die Auswertung von Daten zu Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit von volljährigen Geflüchteten, die bei der Asylbeantragstellung erfasst werden (sog. „SoKo“-Daten), die Publikation einer repräsentativen Studie zur Lebenssituation und Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen, die bereits seit einigen Jahren in Deutschland leben, sowie die mehrjährige IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Personen, die in den letzten Jahren nach Deutschland geflüchtet sind, die gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW/SOEP) durchgeführt wird.

Doch das Themenfeld Migration und Integration ist sehr viel facettenreicher und so wurden auch etliche andere Aspekte 2016 bearbeitet. Der jährliche Migrationsbericht im Auftrag der Bundesregierung sowie Studien zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen im Rahmen des Europäischen

Migrationsnetzwerks (EMN) bilden einen festen Bestandteil der Arbeit des Forschungszentrums. Ebenso legte das Forschungszentrum 2016 erstmals eine umfassende Studie zu hochqualifizierten Inhabern der Blauen Karte EU vor, die ihre Ausbildung, Arbeitsplatzsuche, Bleibeperspektiven und Integration untersucht. Ebenso wurde eine neue Hochrechnung zur Zahl der Muslime in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz präsentiert. Daneben hat das Forschungszentrum auch die wissenschaftliche Begleitung von Maßnahmen und Projekte fortgeführt – so z.B. die Evaluation der Beratungsstelle Radikalisierung.

Der vorliegende Jahresbericht 2016 gibt Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen Überblick über diese und weitere Forschungsaktivitäten des Forschungszentrums.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Renate Leistner-Rocca
Leiterin des Forschungszentrums Migration,
Integration und Asyl

Inhalt

1	Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl	9
1.1	Auftrag	9
1.2	Organisatorischer Aufbau (2016)	10
1.3	Referatsgruppe Migrationsforschung	10
1.4	Servicebereich	12
1.5	Wissenschaftlicher Beirat	12
1.6	Doktorandenprogramm	12
1.7	Praktikum	13
2	Forschungsschwerpunkte	14
2.1	Forschungsschwerpunkt Datengrundlagen	14
	Migrationsbericht 2015	14
2.2	Forschungsschwerpunkt Integration	15
	Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen	15
	IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten	16
	Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)	18
	Erklärungsansätze für Unterschiede beim Zweitspracherwerb	20
	Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen	21
	Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte – Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt	22
2.3	Forschungsschwerpunkt Zu- und Abwanderung, Zuwanderungssteuerung	23
	Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und/oder -zwecken	23
	Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland	24
	Resettlement und humanitäre Aufnahme in Deutschland	24
	Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland	25
	Irreguläre Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland	27
	Die Blaue Karte EU in Deutschland Kontext und Ergebnisse der BAMF-Befragung	28
	Soziale Komponente „SoKo“	28
	Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern im Familiennachzug	30

2.4	Forschungsschwerpunkt Islam	31
	Muslimisches Leben in Deutschland 2016 (MLD 2016)	31
	Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“	32
3	Publikationen	33
3.1	Interne Publikationen	33
	Im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerkes	34
3.2	Externe Publikationen	34
	Monographien/Herausgeberschaften	34
	Beiträge in Sammelbänden	34
	Veröffentlichungen in nationalen bzw. internationalen Zeitschriften	35
	Sonstiges (Online, Zeitungen, Broschüren, kleine Heftchen etc.)	35
4	Wissenstransfer	37
4.1	Besuchte Veranstaltungen (Auswahl)	37
	Mit Vortrag (auf Einladung)	37
	Mit Vortrag (öffentliche Ausschreibung/Call for Papers)	39
	Teilnahme an Podiumsdiskussionen	40
	Teilnahme an Fachgremien und Expertenworkshops	40
4.2	Mitgliedschaften in Fachgremien, Jurys, Beiräten	41
4.3	Veranstaltungen	41
	Panels auf der Tagung des Netzwerks Flüchtlingsforschung: „65 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“, Osnabrück 6.-8. Oktober 2016	41
	Bundespressekonferenz – Vorstellung der Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016	42
	Tag der offenen Tür der Bundesregierung, Berlin	42
4.4	Mediales Angebot	42
	Neues Format BAMF-Kurzanalysen	43
	Downloadzahlen von Forschungsstudien	44
	Online Präsentation EMN	44
	Soziale Medien	45
5	Vernetzung	46
5.1	Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN)	46

5.2	Migration und Integration in der Ressortforschung	47
	8. Treffen Gesprächskreis „Migration und Integration in der Ressortforschung	47
6	Abkürzungsverzeichnis	48
7	Anlage	49
	Forschungsvorhaben im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2005-2016	49

1 ■■■

Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl

1.1 Auftrag

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat den gesetzlichen Auftrag, wissenschaftliche Forschung zu Migrations- und Integrationsthemen zu betreiben (§ 75 Nr. 4 und 4a AufenthG), wobei die ausdrückliche Nennung von Integrationsforschung durch § 75 Nr. 4a AufenthG 2016 ergänzt worden ist. In Anlehnung an die Kernaufgaben des Bundesamtes betrachtet das Forschungszentrum das Migrationsgeschehen nach und von Deutschland und analysiert die Auswirkungen von Migrationsprozessen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Migrationssteuerung und Politikberatung verwendet.

Begleitet wird der Prozess der Integration von Ausländern und Spätaussiedlern in Deutschland. Das Forschungszentrum trägt mit seinen Erkenntnissen entscheidend zur Weiterentwicklung von Integrationsmaßnahmen auf Bundesebene bei. Weitere Forschungsschwerpunkte sind die ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung, der Zusammenhang von Migration und demographischem Wandel sowie die weltweite Migration.

Die Forschung verfolgt einen interdisziplinären Ansatz. Disziplinen wie Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaften, Geographie und Religionswissenschaften werden berücksichtigt. Aufgabenfelder der Forschung im Bundesamt lassen sich unter den Begriffen Analyse, Evaluierung und Beratung zusammenfassen.

- **Analyse:** Die Migrations- und Integrationsprozesse in Deutschland werden beobachtet und datengestützt beschrieben sowie bei Bedarf in den internationalen Kontext eingeordnet.
- **Evaluierung:** Die Maßnahmen zur Steuerung der Migration und Integration werden begleitend untersucht und bewertet.

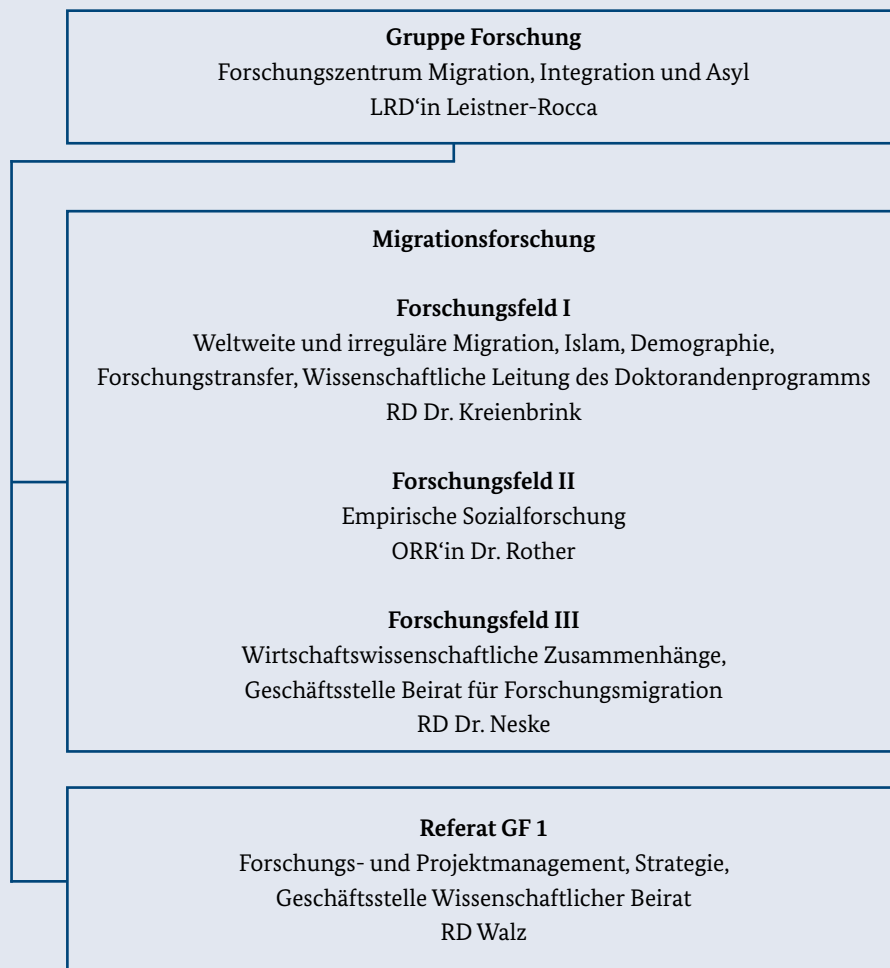


- **Beratung:** Die gewonnenen Erkenntnisse dienen der Politikberatung und fließen so in die Steuerung der Migration und Integration ein.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet das Forschungszentrum des Bundesamtes mit wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen. Als zentrale staatliche Stelle für Fragen der Migrations- und Integrationsforschung leistet es einen grundlegenden Beitrag zum Informations-transfer zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Die Arbeit des Forschungszentrums wird seit 2008 jährlich in Tätigkeitsberichten dokumentiert.

1.2 Organisatorischer Aufbau (2016) [Änderungen sind in 2017 erfolgt]



1.3 Referatsgruppe Migrationsforschung

Forschungsfeld I:

„Weltweite und irreguläre Migration, Islam, Demographie, Forschungstransfer, Wissenschaftliche Leitung des Doktorandenprogramms“

Leitung: Dr. Axel Kreienbrink

Das Forschungsfeld I bearbeitet ein vielfältiges Themenspektrum mit den Schwerpunkten weltweite und irreguläre Migration, Islam und Demographie. Wesentliches Ziel der Forschungsarbeiten ist es, weiterführende Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungen von Migrationsbewegungen im nationalen und internationalen Rahmen zu gewinnen, die entsprechend des gesetzlichen Auftrages für die Begleitforschung der Steuerung von Zuwanderung dienen können.

Im Bereich „weltweite Migration“ werden vor allem gegenwärtige und zukünftige Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa und ihre Folgen in den Blick genommen – von der Zuwanderung über die Aufnahme von Schutzsuchenden (z.B. im Rahmen des Resettlement) bis hin zu Abwanderung und Rückkehr. Dies umschließt auch die Forschungstätigkeit für das von der Europäischen Kommission kofinanzierte Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), für welches das Bundesamt als nationale Kontaktstelle benannt worden ist. In diesem Rahmen werden verschiedene Spezialstudien zu Migrations- und Asylfragen in Deutschland erarbeitet, die in europäische Syntheseberichte eingehen.

Der Bereich „Islam“ beschäftigt sich zentral mit Fragen zur Präsenz und der Integration muslimischer Zuwanderer in Deutschland. Hier führt das Forschungszentrum seit Jahren im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) flankierende Studien durch, wie z.B. „Muslimischem Leben in Deutschland“. Aber auch Fragen der Deradikalisierung spielen aktuell eine Rolle.

Der dritte Themenbereich im Forschungsfeld widmet sich schließlich den demographischen Veränderungen, die durch Migration nach Deutschland hervorgerufen werden. Im weitesten Sinne ist hierunter auch die jährliche Erstellung des Migrationsberichts der Bundesregierung zu fassen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes I:

Tatjana Baraulina
 Maria Bitterwolf
 Janne Grote (EMN)
 Özlem Konar (ab 15.06.2016)
 Dr. Andreas Müller (EMN, bis 30.06.2016)
 Sebastian Prothmann
 Steffen Rotermund (bis 13.05.2016)
 Julian Tangermann (EMN, ab 01.12.2016)
 Milena Uhlmann (ab 01.04.2016)
 Marieke Volkert (Doktorandin)
 Dr. Michael Vollmer (EMN, bis 05.02.2016)

Forschungsfeld II: „Empirische Sozialforschung“

Leitung: Dr. Nina Rother

Das Forschungsfeld „Empirische Sozialforschung“ gliedert sich in zwei Aufgabenbereiche. Hauptarbeitsgebiet ist die Durchführung eigener empirischer Studien, vorwiegend zu Fragen der Integration. Daneben wird Integrationsberichterstattung betrieben und fortgeschrieben.

Primärdatenerhebungen zu verschiedenen gesellschaftspolitisch relevanten Themenbereichen werden im Aufgabenbereich „Empirische Studien“ durchgeführt. Ziel ist die Beschreibung und Analyse von Migrations- und Integrationsprozessen und der dadurch hervorgerufenen gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Daneben werden auch staatliche Maßnahmen der Integrationsförderung begleitet und evaluiert.

Mit der Sichtung und Auswertung amtlicher Daten und Geschäftsstatistiken, von Daten aus eigenen Erhebungen sowie von Befragungsdaten anderer Forschungsinstitutionen (Sekundärdatenanalyse) befasst sich schwerpunktmäßig der zweite Aufgabenbereich des Forschungsfeldes. Die Entwicklung von Integrationsindikatoren auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene wird ebenfalls im Rahmen der Integrationsberichterstattung beobachtet und begleitet.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes II:

Dr. Christian Babka von Gostomski
 Andreea Baier (ab 15.11.2016)
 Axel Böhm
 Daniel Dwars (bis 15.02.2016)
 Rebekka Risch (bis 22.07.2016)
 Jana Scheible
 Dr. Manuel Siegert
 Dr. Anja Stichs
 Michael Wolf
 Dr. Susanne Worbs

Forschungsfeld III: „Wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge, Geschäftsstelle Beirat für Forschungsmigration“

Leitung: Dr. Matthias Neske

Ökonomische Aspekte stellen wichtige Rahmenbedingungen für Ursachen und Konsequenzen des Zuzugs sowie die Integration von Ausländern dar, die für die Steuerung der Migration nach den wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Interessen der Bundesrepublik relevant sind. Das Forschungsfeld III beobachtet hierzu kontinuierlich die Forschungs- und Datenlandschaft und führt eigene Projekte durch. Die Forschungsergebnisse führen zu einer Verbreiterung und Vertiefung der analytischen Grundlagen im Bereich der Erwerbsmigration und dienen der evidenzbasierten Politikberatung sowie der Diskussion und Planung von Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitsmigration.

Schwerpunkte sind wissenschaftliche Forschungsprojekte zu Aspekten der Erwerbs- und Bildungsmigration nach Deutschland. Dies umfasst auch Fragen der beruflichen Orientierung und der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern, die nicht explizit als Erwerbsmigranten nach Deutschland gekommen waren.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes III:

Dr. Katalin Evers (ab 01.06.2016)
 Barbara Heß
 Anna-Katharina Rich
 Hans-Jürgen Schmidt
 Hannelore Werzinger
 Marie Wälde

1.4 Servicebereich

Das Referat „Forschungs- und Projektmanagement, Strategie, Geschäftsstelle Wissenschaftlicher Beirat“ nimmt als Wissenschaftsmanagement Querschnittsaufgaben für das Forschungszentrum wahr. Es berät die Leitung des Zentrums in strategischen Belangen und übernimmt administrative Aufgaben. Hierzu zählen beispielsweise Planung und Bewirtschaftung des Haushaltes, Beratung und Unterstützung in Rechtsangelegenheiten, Aufstellung der jährlichen Forschungsvorhabenplanung und Unterstützung der Forschungsbereiche u.a. in deren Öffentlichkeitsarbeit.

1.5 Wissenschaftlicher Beirat

Ein Wissenschaftlicher Beirat aus Expertinnen und Experten der Migrations- und Integrationsforschung trägt seit 2005 zur Unterstützung der Qualitätssicherung des Forschungszentrums bei. Der Wissenschaftliche Beirat versteht sich als Beratungsgremium und unterstützt über seine Netzwerke den Informationsaustausch mit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit. Der Beirat ist multidisziplinär mit anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzt. Die Berufung in das Gremium erfolgt für die Dauer von zwei Jahren, eine Verlängerung der Berufungsdauer ist möglich. Die Beratungen des Wissenschaftlichen Beirates finden zweimal im Jahr statt.

Der Wissenschaftliche Beirat hat die Aufgabe:

- zu Forschungskonzepten und -schwerpunkten fachliche Empfehlungen zu geben,
- in methodischen und theoretischen Fragen der Migrations- und Integrationsforschung sowie bei der Evaluierung der Arbeitsergebnisse das Bundesamt zu unterstützen,
- die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen gleicher und verwandter Wissensgebiete und mit der Praxis zu fördern und
- Impulse bei der Ausweisung neuer Forschungsfelder und bei der Diskussion methodischer Neuerungen zu geben.

Seit September 2015 setzt sich der Wissenschaftliche Beirat wie folgt zusammen:

- Prof. Dr. Petra Bendel, Akademische Direktorin des Zentralinstituts für Regionenforschung, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Vorsitzende),
- Prof. em. Dr. Klaus Bade, Begründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück und Gründungsvorsitzender

(2009-2012) des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR),

- Prof. em. Dr. Kay Hailbronner, Professor an der Universität Konstanz, Fachbereich Rechtswissenschaften,
- Prof. Dr. Elke Jahn, Professorin für Arbeitsmarktwirtschaft an der Universität Bayreuth und
- Prof. Dr. Ruud Koopmans, Direktor der Forschungsabteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Im Berichtsjahr wurden zwei Sitzungen durchgeführt. Beide Sitzungen haben sich zum einen schwerpunktmäßig mit der Diskussion und Bewertung ausgewählter Forschungsprojekte beschäftigt. Zum anderen waren die Diskussion und Abstimmung der Forschungsplanung 2017 sowie eine Neuausrichtung des Forschungszentrums in der Forschungslandschaft zentrale Themen beider Sitzungen.

1.6 Doktorandenprogramm

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eröffnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Doktorandinnen und Doktoranden in einem Doktorandenprogramm die Möglichkeit, bei Forschungsprojekten der Behörde mitzuwirken. Dieses Programm bietet die Gelegenheit, neben der Dissertation die Arbeit einer Forschungseinrichtung des Bundes kennenzulernen, deren Tätigkeit einen unmittelbaren Bezug zur Migrationspolitik der Bundesrepublik aufweist.

Ein solches Engagement bietet für beide Seiten einen großen Gewinn. Dem Bundesamt kommt die Leistung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zugute, die eine zum Forschungsauftrag des BAMF themennahe Doktorarbeit fertigen. Die Doktorandinnen und Doktoranden profitieren ihrerseits von den Ressourcen, den praktischen Erfahrungen und der Betreuung im Bundesamt. Sie können Berufserfahrung in enger Zusammenarbeit mit erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sammeln. Daneben werden den Doktorandinnen und Doktoranden weitere Kenntnisse vermittelt und ihre Fähigkeiten individuell gefördert, u. a. durch die Möglichkeit, an Fortbildungen und Fachkonferenzen teilzunehmen.

Freie Doktorandenstellen werden öffentlich ausgeschrieben. Die Stellen werden grundsätzlich für drei Jahre besetzt. Die Promotion erfolgt in der Regel an einer von den Doktorandinnen und Doktoranden bestimmten Universität bei einem für das Dissertationsthema geeigneten Betreuer. Das Thema der Doktorarbeit soll dabei einen engen Bezug zu dem Projekt des Bundesamtes aufweisen, für das die Stelle ausgeschrieben wurde. An der methodischen Konzipierung und Durchführung dieses Projektes arbeitet die

Doktorandin/der Doktorand auf einer halben Stelle mit. Die Anfertigung der Dissertation selbst ist nicht Bestandteil der Dienstaufgaben.

Derzeit sind im Bundesamt zwei Doktorandinnen tätig.

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Marieke Volkert** bearbeitet eine sozialwissenschaftliche Dissertation im Bereich der Integrationsforschung. Im Rahmen einer quantitativen geostatistischen Analyse geht sie am Beispiel der Konsultation von Ärztinnen und Ärzten der Frage nach, unter welchen Bedingungen Migrantinnen und Migranten vermehrt Dienstleistungen durch Anbieter der gleichen Herkunft nutzen und inwiefern dies durch räumliche Strukturen begünstigt wird.

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Andreea Baier** fertigt eine sozialwissenschaftliche Dissertation an, die der Frage nach der Wirksamkeit von integrationspolitischen Maßnahmen für geflüchtete Personen nachgeht. Das Dissertationsprojekt stellt eine Evaluation der Maßnahmen zur Sprachförderung und arbeitsmarktpolitischen Integration dar, die anhand quantitativer Auswertungen mit Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten durchgeführt wird.

➔ Bisher abgeschlossene und publizierte Dissertationen:

Worbs, Susanne (2014): Bürger auf Zeit. Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung, Beiträge zu Migration und Integration, Band 7, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Lochner, Susanne (2016): Integrationskurse als Motor für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Interethnische Kontakte und nationale Verbundenheit von Migrantinnen in Deutschland, Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress Ltd.

Obergfell, Johannes (2016): Abwanderung von Deutschland in die Türkei. Absichten, Ursachen, (Hinter-)Gründe, Diss. phil., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Online: <http://d-nb.info/1097753719/34>.

➔ Weitere Informationen zum Doktorandenprogramm werden auf der Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge unter: www.bamf.de/doktorandenprogramm veröffentlicht.



1.7 Praktikum

Das Forschungszentrum des Bundesamtes bietet Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, ein Pflichtpraktikum zu absolvieren. Die Praktikantinnen und Praktikanten arbeiten aktiv in einzelnen Forschungsprojekten mit und haben die Gelegenheit, die Arbeit in einem behörden-internen Forschungszentrum kennenzulernen und erste Berufserfahrung zu sammeln.

Im Jahr 2016 wurde 20 Praktikantinnen und Praktikanten diese Möglichkeit eröffnet.

2 ■■■

Forschungsschwerpunkte

2.1 Forschungsschwerpunkt Datengrundlagen

Migrationsbericht 2015

Projektverantwortliche:
Özlem Konar, Sebastian Prothmann

Der Migrationsbericht im Auftrag der Bundesregierung wird jährlich durch das Bundesamt erstellt. Im mittlerweile 14. Migrationsbericht wird zunächst das Migrationsgeschehen, differenziert nach Herkunfts- und Zielländern, Staatsangehörigkeiten, Bundesländern, Geschlecht, Alter und Aufenthaltswort beschrieben. Im Detail wird dann ausführlich auf die verschiedenen Zuwanderergruppen sowie das Phänomen irregulärer Zuwanderung eingegangen. Zusätzlich behandelt der Bericht die Abwanderung von Deutschen und Ausländern. Daran schließt sich ein europäischer Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung an. In zwei abschließenden Kapiteln werden die Struktur sowie die Demographie (Einbürgerungen, Geburten, Sterbefälle) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland, die auch Folge des Wanderungsgeschehens ist, dargestellt.

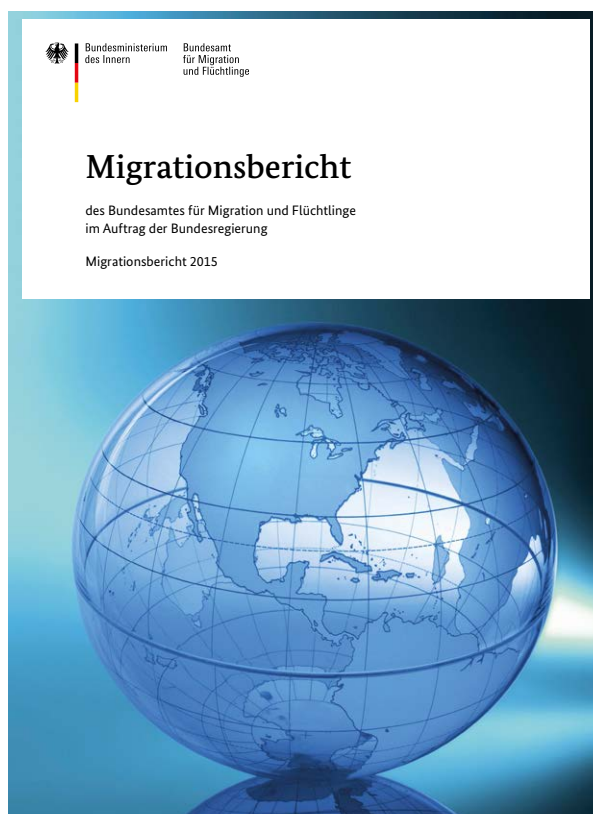
Da das Jahr 2015 besonders vom Zuzug von Schutzsuchenden geprägt gewesen war, ist dem Bericht in diesem Jahr ein ausführliches Sonderkapitel vorangestellt, welches die Entwicklungen der Asylzuwanderung und die getroffenen politischrechtlichen Maßnahmen zusammenfassend darstellt. Detailliertere Ausführungen zu den rechtlichen Änderungen finden sich zudem bei den jeweiligen Zuwanderergruppen.

Das Jahr 2015 war insgesamt von einem deutlichen Anstieg der Zuzugszahlen (+46 % auf etwa 2,14 Millionen Zuzüge) im Vergleich zum Vorjahr gekennzeichnet. Das stellt den höchsten Wert seit dem Beginn der Aufzeichnung der Statistik im Jahr 1950 dar. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Fortzüge um 9 % auf 998.000. Dadurch ergab sich ein Wanderungsüberschuss von etwa 1.139.000 Personen, ebenfalls der bislang höchste registrierte Wert seit Einführung der Wanderungsstatistik. Im Jahr 2015 war Syrien Hauptherkunftsland mit 326.872 Zuzügen (15 % aller Zuzüge) und stellte mit Abstand die größte Gruppe der Zuwanderer. Neben Rumänien waren weitere Hauptherkunftsländer die Staaten Polen, Afghanistan, Bulgarien, Italien, Irak sowie Albanien.

Die EU-Binnenmigration macht 40 % des gesamten Zuwanderungsgeschehens nach Deutschland aus.

Die Zahl der eingereisten Asylsuchenden lag bei rund 890.000 Menschen. Asylanträge stellten 476.649 Personen (Erst- und Folgeanträge) gegenüber 202.834 im Jahr 2014. Dies entspricht einem Anstieg um 135,0 % im Vergleich zum Vorjahr. Hauptherkunftsland war Syrien.

Im Bereich der Arbeitsmigration war 2015 ein Anstieg um 4 % zu verzeichnen. Hauptherkunftsländer waren hier die Vereinigten Staaten, Indien, Bosnien-Herzegowina und Serbien. Zudem sind im Jahr 2015 erneut mehr ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gekommen, um an einer deutschen Hochschule ein Studium zu beginnen. Auch der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen, der bereits im Jahr 2014 um 13,6 % gestiegen war, ist im Jahr 2015 erneut um 29,5 % angestiegen (82.440 Zuzüge). Insbesondere der Nachzug syrischer Familienangehöriger hat sich verstärkt.



→ Veröffentlichung

Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2015, Nürnberg.

→ Bisherige Veröffentlichungen

Migrationsberichte der Jahre 2005-2014.

und Syrien) im Alter zwischen 18 bis 69 Jahren schriftlich befragt. Die betreffenden Personen sind in den Jahren 2008 bis 2012 als Asylberechtigte bzw. Flüchtlinge mit Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt worden. Die Stichprobenziehung erfolgte Ende 2013 über das Ausländerzentralregister. Ausgewählte Ausländerbehörden wurden Anfang 2014 gebeten, bei der Adressbeschaffung des interessierenden Personenkreises zu helfen. An der bundesweiten, quantitativ-standardisierten Befragung haben sich über 2.900 Personen beteiligt, was einem bereinigten Rücklauf von 53 % entspricht. Von 2.805 Personen liegen auswertbare Fragebögen vor.

2.2 Forschungsschwerpunkt Integration

Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen

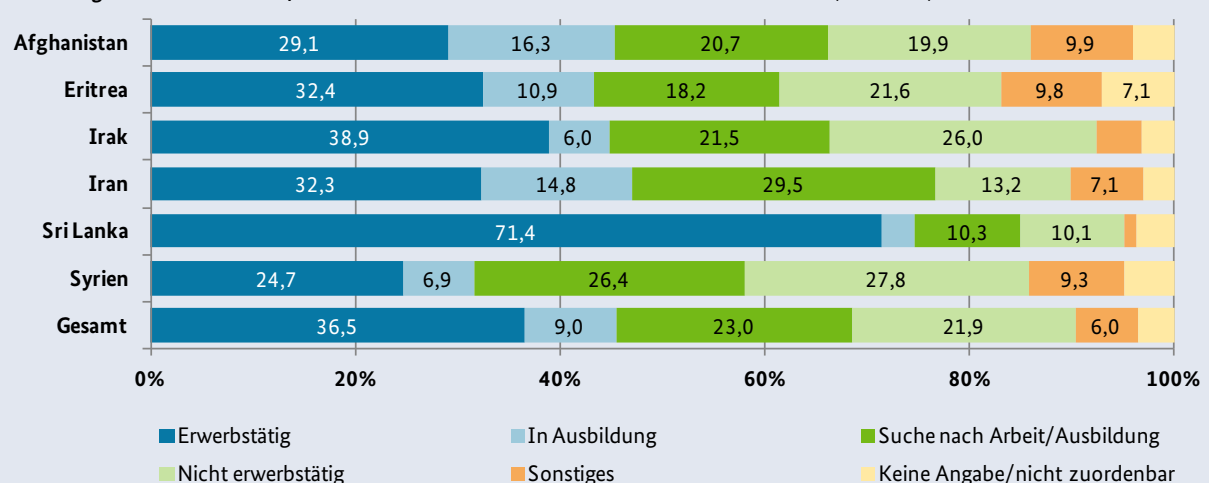
Projektverantwortliche:
Axel Böhm, Eva Bund, Dr. Susanne Worbs

Von 2008 bis 2012 sind in Deutschland fast 39.000 Menschen als Asylberechtigte anerkannt worden oder haben einen Status gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Dies bedeutet, dass sie für sich und ihre Angehörigen in der Regel eine langfristige Perspektive in der Bundesrepublik entwickeln können. Bislang ist jedoch kaum bekannt, wie sich die Lebenssituation dieses Personenkreises nach einigen Jahren des Aufenthalts in Deutschland gestaltet. Denn die Forschung zum Thema Asyl und Flüchtlinge richtet sich traditionell vor allem auf die Zuwanderung selbst, die Asylpolitik und auf die Situation von Asylbewerbern im Verfahren bzw. nach einer Ablehnung des Asylantrags.

Daher wurden im Jahr 2014 frühere Asylbewerber aus sechs Herkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka



Abbildung 1: Lebenssituation/aktueller Erwerbsstatus in Deutschland nach Herkunftsländ (in Prozent)



Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.805, gewichtet.

Das Jahr 2016 war vor allem durch die Veröffentlichung von Projektergebnissen im Rahmen einer stark rezipierten Kurzanalyse (Januar 2016) sowie des vollständigen Forschungsberichtes (Oktober 2016) geprägt. Im dritten und vierten Quartal des Jahres stellten die Projektmitarbeiter die Resultate der Studie auf zahlreichen Veranstaltungen im In- und Ausland vor (siehe Kapitel 4). Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- In der Gesamtheit der befragten Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlinge stellen Männer sowie jüngere Menschen unter 35 Jahren jeweils die deutliche Mehrheit. Das Durchschnittsalter liegt bei 34,8 Jahren.
- Knapp ein Viertel der Flüchtlinge hat entweder keine Schule besucht oder eine Schulbesuchsdauer von maximal vier Jahren genannt. Etwa die Hälfte der Befragten ist zehn Jahre oder länger zur Schule gegangen. 62 % der Befragten sind als (noch) nicht beruflich qualifiziert einzuordnen, d. h. sie hatten zum Befragungszeitpunkt eine Ausbildung oder ein Studium weder abgeschlossen noch begonnen oder abgebrochen. Mehr als die Hälfte dieser Menschen war jedoch im Herkunftsland schon erwerbstätig.
- Etwas mehr als ein Drittel aller in der Studie befragten Personen sind erwerbstätig (Abbildung 2). Geflüchtete Frauen partizipieren nur in sehr geringem Ausmaß und deutlich seltener als Männer am deutschen Arbeitsmarkt.
- Die ausgeübten Tätigkeiten sind auf einige Branchen und Berufe konzentriert und überwiegend auf einem geringen bis mittleren Qualifikationsniveau angesiedelt. Dem steht eine hohe Motivation der Flüchtlinge zur Arbeitsmarktteilnahme gegenüber.
- Ebenfalls sehr ausgeprägt ist eine dauerhafte Bleibeabsicht der Befragten in Deutschland, häufig einhergehend mit dem Bestreben, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Darüber hinaus äußern die Flüchtlinge häufig berufs- und ausbildungsbezogene Wünsche sowie Anliegen, die sich auf die Gründung oder Zusammenführung von Familien und auf ein Leben in Frieden und Sicherheit beziehen.

Weitere Auswertungen im Jahr 2017 werden die Daten der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014 mit denen anderer Studien des Forschungszentrums zu geflüchteten Menschen zusammenführen. So ist eine Kurzanalyse zum Thema „Geflüchtete Frauen“ bereits erschienen. Eine Folgeveröffentlichung von Projektergebnissen wird unter anderem in der Zeitschrift „Informationen zur Raumentwicklung“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) erfolgen. In Kooperation mit dem Bereich Demographie der Universität Rostock entsteht zudem ein englischsprachiger Fachaufsatz zu Gesundheit und Integration von Geflüchteten auf Basis der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014.



Veröffentlichungen

Worbs, Susanne/Bund, Eva (2016): Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen. Kurzanalyse 1/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Worbs, Susanne/Bund, Eva/Böhm, Axel (2016): Asyl – und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland, Forschungsbericht 28, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

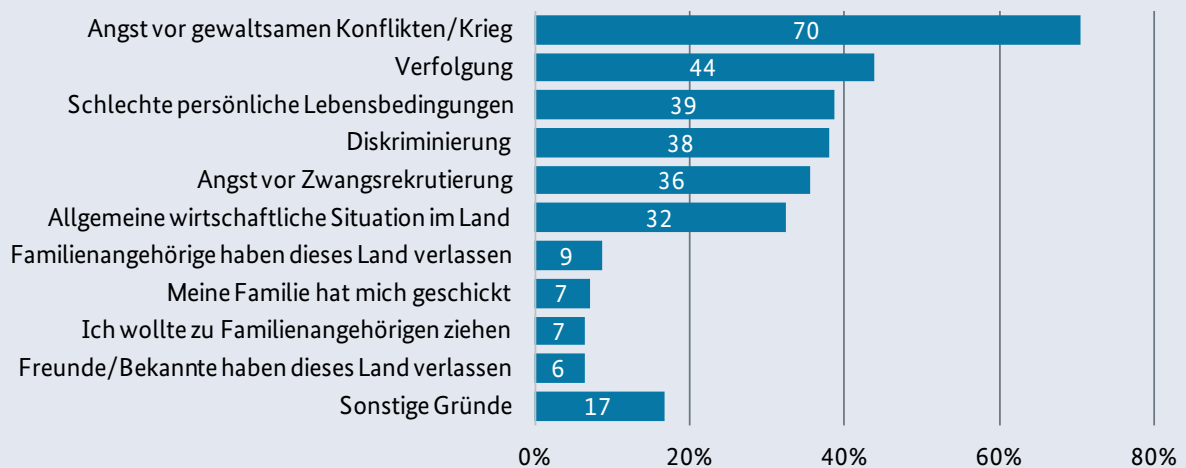
IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten

Projektverantwortliche:

Dr. Nina Rother, Dr. Manuel Siegert, Axel Böhm, Jana Anne Scheible, Andreea Baier, Dr. Christian Babka von Gostomski

Der besonders in der zweiten Jahreshälfte 2015 stark angewachsene Flüchtlingszuzug nach Deutschland stellt Politik, Verwaltung und Bevölkerung vor große Herausforderungen. Um die Unterbringung, Betreuung und langfristige Integration der Schutzsuchenden in Arbeitsmarkt, Bildungssystem und andere Bereiche der Gesellschaft wirksam zu steuern und zu fördern, bedarf es belastbarer sowie



Abbildung 2: Gründe für das Verlassen des Herkunftslandes Mehrfachnennungen möglich, gewichtete Anteile (in Prozent)

Anmerkungen: D = Deutschland.-- Basis: Befragte, die mindestens einen Grund genannt haben.
Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

verallgemeinerungsfähiger Informationen. Hier ist die empirische Sozialforschung gefordert, eine entsprechende Datengrundlage zu schaffen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) und das Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge haben daher seit dem Herbst 2015 eine Befragung von Menschen vorbereitet, die in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung und gewaltsamen Konflikten suchen.

Im Rahmen der als Längsschnittuntersuchung angelegten IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten ist vorgesehen, in den Jahren 2016, 2017 und 2018 Menschen wiederholt zu befragen, die seit 2013 in Deutschland Schutz gefunden haben. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Befragung von „Geflüchteten Familien“. Im Jahr 2016 wurden etwa 4.500 erwachsene Geflüchtete erstmals befragt. Auf dieser Grundlage können repräsentative Aussagen über die Grundgesamtheit der im Ausländerzentralregister erfassten Geflüchteten, die vom 1.1.2013 bis zum 31.1.2016 in Deutschland eingereist sind und einen Asylantrag gestellt haben, unabhängig von ihrem gegenwärtigen Rechtsstatus, abgeleitet werden.

Im November 2016 wurden erste Ergebnisse auf Grundlage des ersten Teils der Befragung (etwa 2.300 Befragte) publiziert. In der Studie wird die Lebenssituation umfassend thematisiert. Erhoben werden nicht nur Fluchtursachen und Fluchtwege, Bildungs- und Erwerbsbiografien, sondern auch Werte, Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale der Geflüchteten sowie ihre Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem. Ferner sind die Unterbringung, Asylverfahren, Integration in den Arbeitsmarkt und andere gesellschaftliche Bereiche sowie begleitende Politikmaßnahmen

Gegenstand der Studie. Zentrale Erkenntnisse lauten wie folgt:

- Die wichtigsten Fluchtmotive sind Angst vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Zudem zeigt sich, dass die Kosten und Risiken der Flucht hoch sind.
- Die Allgemeinbildung der Geflüchteten ist sehr heterogen. Der Anteil der Personen mit Berufs- und Hochschulabschlüssen ist gering. Insgesamt zeigen die Geflüchteten jedoch hohe Bildungsaspirationen.
- In ihren Wertvorstellungen weisen die Geflüchteten sehr viel mehr Gemeinsamkeiten mit der deutschen Bevölkerung als mit der Bevölkerung aus den Herkunftsländern auf.
- Die Integration in den Arbeitsmarkt und in das Bildungssystem steht erst am Anfang, allerdings zeigen integrationspolitische Maßnahmen erste Wirkungen.

Ähnlich wie die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe soll die IAB-BAMF-SOEP-Flüchtlingsstichprobe ab 2017 in das Datenangebot des Sozioökonomischen Panels (SOEP) integriert werden. An dem bereits seit 1984 laufenden SOEP nehmen mehr als 20.000 Menschen teil. Dies ermöglicht sowohl den Vergleich zu anderen Migrantengruppen als auch zu Personen ohne Migrationshintergrund. Schließlich wird die Befragung, sofern die Betroffenen dem zustimmen, mit den Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) des IAB verknüpft. Dadurch können die Erwerbsbiografien der Geflüchteten in Deutschland nachvollzogen werden.

Im Jahr 2017 folgt die zweite Befragungswelle sowie die Publikation tiefergehender Analysen zu spezifischen Themenbereichen. Zudem wird im November 2017 der Datensatz zur ersten Erhebungswelle interessierten Forscherinnen und Forschern als Scientific Use File zur Verfügung gestellt.

→ Veröffentlichungen

Brücker, Herbert/Kunert, Astrid/Mangold, Ulrike/Kalusche, Barbara/Siegert, Manuel/Schupp, Jürgen (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland - eine qualitative Befragung. IAB-Forschungsbericht Nr. 9, Nürnberg.

Brücker, Herbert/Fendel, Tanja/Kunert, Astrid/Mangold, Ulrike/Schupp, Jürgen/Siegert, Manuel (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland: Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen. IAB-Kurzbericht Nr. 15, Nürnberg.

Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen/Babka von Gostomski, Christian/Böhm, Axel/Fendel, Tanja/Friedrich, Martin/Giesselmann, Marco/Kosyakova, Yuliya/Kroh, Martin/Kühne, Simon/Liebau, Elisabeth/Richter, David/Romiti, Agnese/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Schmelzer, Paul/Siegert, Manuel/Sirries, Steffen/Trübswetter, Parvati/Vallizadeh, Ehsan (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration, Kurzanalyse 5/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:

Kroh, Martin/Brücker, Herbert/Kühne, Simon/Liebau, Elisabeth/Schupp, Jürgen/Siegert, Manuel/Trübswetter, Parvati (2016): Das Studiendesign der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hrsg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg, 17-21.

Romiti, Agnese/Brücker, Herbert/Fendel, Tanja/Kosyakova, Yuliya/Liebau, Elisabeth/Rother, Nina/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Siegert, Manuel (2016): Bildung und Sprache, in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hrsg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. BAMF-Forschungsbericht 29, Nürnberg, 37-47.

Scheible, Jana A./Schacht, Diana/Trübswetter, Parvati (2016): Ankommen in Deutschland, in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hrsg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg, 30-36.

Sirries, Steffen/Böhm, Axel/Brücker, Herbert/Kosyakova, Yuliya (2016): Auf der Flucht – Motive und Kosten, in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hrsg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg, 22-29.

Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)

Projektverantwortliche:

Dr. Christian Babka von Gostomski, Daniel Dwars, Dr. Anja Sticks

Die „Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“ (RAM 2015) knüpft konzeptionell und inhaltlich an die ebenfalls vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführte Studie „Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland aus den Jahren 2006/2007 (RAM 2006/2007)“ an.

Wie in der Vorgängerstudie werden bei RAM 2015 verschiedene Integrationsaspekte untersucht. Um aktuellen Entwicklungen im Migrationsgeschehen gerecht zu werden, werden jedoch teilweise andere Herkunftgruppen berücksichtigt. Polnische und türkische Staatsangehörige werden



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Forschungszentrum
Migration, Integration und Asyl

BAMF-Kurzanalyse

Ausgabe 6/2016 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

06 | 2016

Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“

Aspekte der Integration von zugewanderten rumänischen und polnischen Staatsangehörigen in Deutschland

Von Christian Babka von Gostomski

Im Schatten der Asylzuwanderung sind die in den letzten Jahren starken Wanderungsbewegungen nach Deutschland aus Polen und Rumänien zunehmend aus dem Blick geraten. Wie stellt sich die Lebens- und Erwerbsituation dieser Zugewanderten dar? Gibt es Unterschiede im Stand der Integration zwischen den in den letzten Jahren gekommenen rumänischen und polnischen Staatsangehörigen und solchen, die schon länger in Deutschland sind?

AUF EINEN BLICK

- Ende 2015 lebten fast 1,2 Millionen rumänische und polnische Staatsangehörige in Deutschland. Bei der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“ (RAM 2015) wurden unter anderem 1.250 zugewanderte Staatsangehörige aus Rumänien und Polen befragt.
- 62 % der rumänischen Zugewanderten kamen in den Jahren 2010 bis 2015 nach Deutschland (Neuzugewanderte). Unter den polnischen Zugewanderten sind 38 % Neuzugewanderte.
- Bei aus Rumänien und Polen Neuzugewanderten dominiert die Arbeitsmigration (70 %). Dahinter fällt die Familienzusammenführung als Ehepartnerin oder Ehepartner zurück (15 %).
- Unterschiede in der Integration sind eher zwischen Alt- und Neuzugewanderten als zwischen rumänischen und polnischen Zuwanderern festzustellen. Neuzugewanderte

weisen noch nicht so gute Deutschkenntnisse, eine geringere Verbundenheit mit Deutschland und seltener Kontakte zu Deutschen als Altrzugewanderte auf, allerdings bei häufigerem Wunsch nach mehr Kontakten.

- 38 % der rumänischen Neuzugewanderten haben keine berufliche Ausbildung. Gleichzeitig gibt ein vergleichsweise hoher Anteil rumänischer Neuzugewandeter an, mindestens einen, der Fachhochschulreife vergleichbaren allgemeinbildenden Schulabschluss erreicht zu haben (51 %).
- Wer mit einem arbeitsmarktspezifischen Zuwanderungsgrund kam, ist häufiger erwerbstätig. Bei Männern steigt unter anderem das schulische Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein. Bei den zugewanderten Frauen wirken sich eine berufliche Ausbildung und deutsche Sprachkenntnisse positiv aus. Diskriminierungserfahrungen vermindern hingegen die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit.

in beiden Studien betrachtet, rumänische Staatsangehörige sowie Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund wurden neu aufgenommen.

2015 wurde die bundesweite repräsentative, quantitative Erhebung mit standardisierter face-to-face-Befragung realisiert. Insgesamt wurden 633 polnische, 632 rumänische und 614 türkische Staatsangehörige sowie 619 Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund befragt. Um ein breites migrations- und integrationsrelevantes Themenspektrum in Grundzügen wie bei RAM 2006/2007 abzudecken, wurden im Durchschnitt etwa 36 Minuten lange Interviews geführt. Das Befragungsinstrument ist in den Kernfragestellungen mit jenem von RAM 2006/2007 vergleichbar, um Zeitvergleiche von 2006/2007 zu 2015 vornehmen zu können. Der Befragung war ein innovatives Stichprobenverfahren über 89 Einwohnermeldeämter vorgelagert, das die bundesweite Verteilung der vier Befragungsgruppen widerspiegelt. Zudem wurde zur Auswahl deutscher Befragter mit türkischem Migrationshintergrund erstmals ein onomastisches Verfahren auf die Daten der Einwohnermelderegister angewandt.

Integration – Was ist das überhaupt?

Integration kann nicht an einem Indikator festgemacht werden. Es können vier Dimensionen der Integration unterschieden werden:

- Strukturelle Integration meint die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem der Aufnahmegesellschaft (beispielhafte Indikatoren: Schulabschluss, Erwerbstätigkeit, Bezug von Transferleistungen).
- Kulturelle Integration umfasst die Aneignung von kulturellem Wissen der Aufnahmegesellschaft (z. B. deutsche Sprachkenntnisse).
- Soziale Integration zielt unter anderem auf die Eingebundenheit in die Aufnahmegesellschaft (z. B. soziale Kontakte zu Personen deutscher Herkunft).
- Identifikative Integration weist auf den Stand der Verbundenheit mit der Aufnahmegesellschaft hin (z. B. Bleibe- oder Einbürgerungsabsichten).

Zudem sind auch soziodemographische Sachverhalte, wie etwa die unterschiedliche Altersstruktur und spezifische Aspekte der Einwanderungsgeschichte bestimmter Gruppen Zugewanderter, zu berücksichtigen. Des Weiteren ist Integration als wechselseitiger Prozess zu sehen. Sowohl die aufnehmende Gesellschaft als auch die Zugewanderten sollten bemüht sein, mit gegenseitigem Verständnis aufeinander zuzugehen und an einer gelungenen Integration mitzuwirken. Aufgabe der aufnehmenden Gesellschaft ist es, Teilhabechancen zu bieten und Diskriminierungen aufgrund der Herkunft abzubauen.

Im Jahr 2016 erschien eine Publikation zu zugewanderten Rumänen und Polen und deren Integration (siehe Box) in Deutschland. Beide Gruppen wiesen in den letzten Jahren vergleichsweise hohe Zuwanderungszahlen auf. Erkenntnisse der BAMF-Kurzanalyse 6/2016 mit RAM 2015 sind:

- 62 % der rumänischen Zugewanderten kamen in den Jahren 2010 bis 2015 nach Deutschland (Neuzugewanderte). Unter den polnischen Zugewanderten sind 38 % Neuzugewanderte.
- Bei aus Rumänien und Polen Neuzugewanderten dominiert die Arbeitsmigration (70 %). Dahinter fällt die Familienzusammenführung als Ehepartnerin oder Ehepartner zurück (15 %).
- Unterschiede in der Integration sind eher zwischen Alt- und Neuzugewanderten als zwischen rumänischen und polnischen Zuwanderern festzustellen. Neuzugewanderte weisen noch nicht so gute Deutschkenntnisse, eine geringere Verbundenheit mit Deutschland und seltenere Kontakte zu Deutschen als Altzugewanderte (Zuwanderung vor 2010) auf, allerdings bei häufigerem Wunsch nach mehr Kontakten.
- 38 % der rumänischen Neuzugewanderten haben keine berufliche Ausbildung. Gleichzeitig gibt ein vergleichsweise hoher Anteil rumänischer Neuzugewandener an, mindestens einen, der Fachhochschulreife vergleichbaren allgemeinbildenden Schulabschluss erreicht zu haben (51 %).
- Wer mit einem arbeitsmarktbezogenen Zuwanderungsgrund kam, ist häufiger erwerbstätig. Bei Männern steigert unter anderem das schulische Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein. Bei den zugewanderten Frauen wirken sich eine berufliche Ausbildung und deutsche Sprachkenntnisse positiv aus. Diskriminierungserfahrungen vermindern hingegen die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit.

Fast immer, wenn in Deutschland Integrationsaspekte diskutiert werden, wird ein besonderes Augenmerk auf die türkeistämmige Bevölkerungsgruppe als weiterhin deutlich größte Gruppe mit Zuwanderungsgeschichte gelegt. Deswegen soll sich dieser Gruppe analytisch im Jahr 2017 genähert werden.

➔ Veröffentlichung

Babka von Gostomski, Christian (2016): Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“. Aspekte der Integration von zugewanderten rumänischen und polnischen Staatsangehörigen in Deutschland, Kurzanalyse 6/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Erklärungsansätze für Unterschiede beim Zweitspracherwerb

Projektverantwortliche:

Jana Anne Scheible, Dr. Nina Rother

Integrationskurse sind das zentrale staatliche Integrationsangebot für Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Der Integrationskurs hilft dabei, die deutsche Sprache und wichtige Dinge über das Leben in Deutschland zu lernen. Die Kurse werden seit dem 1. Juli 2009 mit dem „Deutschtest für Zuwanderer“ (DTZ) abgeschlossen. Ziel des Integrationskurses und Voraussetzung für den Daueraufenthalt oder die Einbürgerung ist das Sprachniveau B1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen.

Die DTZ-Bestehensquoten der Integrationskursteilnehmenden differieren. Als ursächliche Faktoren ist zu denken etwa an das Alter, die Bildung, die Bleibeabsicht, die Lernmotivation, der Kontakt mit Deutschen, die Medienutzung, aber auch Aspekte der Persönlichkeit. Aber auch unterschiedliche Gelegenheiten, im Laufe des Lebens schon vorher mit der deutschen Sprache in Kontakt zu treten, wie etwa Möglichkeiten zum Deutschlernen im Herkunftsort oder die sprachliche Heterogenität in der Herkunftsregion, können den Sprachlernerfolg beeinflussen. Zudem könnten auch unterschiedliche Merkmale in einem Sprachkurs selbst, wie etwa die ethnische Zusammensetzung der

Kursteilnehmenden oder das Lernmodell, eine Rolle für den Zweitspracherwerb spielen.

Im Projekt wurde in einem ersten Schritt eine Literaturübersicht zu relevanten Einflussfaktoren auf den Zweitspracherwerb erstellt. Zweitens wurden diese Faktoren in einer Sekundärdatenanalyse des BAMF-Integrationspanels auf den empirischen Prüfstand gestellt. Diese Daten basieren auf zwei Befragungen von 2.082 Teilnehmenden und Kursleitenden in den Jahren 2007/2008. Ein spezieller Fokus wurde auf Prozesse des Spracherwerbs bei Geflüchteten gelegt. Die Ergebnisse wurden im Januar 2017 als Working Paper 72 veröffentlicht, womit das Projekt abgeschlossen wurde.

Die wichtigsten Erkenntnisse auf einen Blick:

- Individuelle Lernvoraussetzungen – insbesondere Bildung, Sprachlernerfahrung, Interesse für die deutsche Kultur und ein häufiger Gebrauch der deutschen Sprache im Kurs sowie außerhalb – beeinflussen den Deutschserwerb maßgeblich.
- Kursteilnehmende profitieren besonders von Lehrkräften mit Migrationshintergrund und gleichgeschlechtlichen Kursleitenden.
- Die Kurszusammensetzung erweist sich in den Analysen als weniger wichtig für den Deutschserwerb. Kompetenzbasierte Kursgruppen, d.h. nach den Lernvoraussetzungen der Teilnehmenden differenzierte Lerngruppen, sowie kleine Kursgrößen entlasten jedoch die Lehrkräfte.

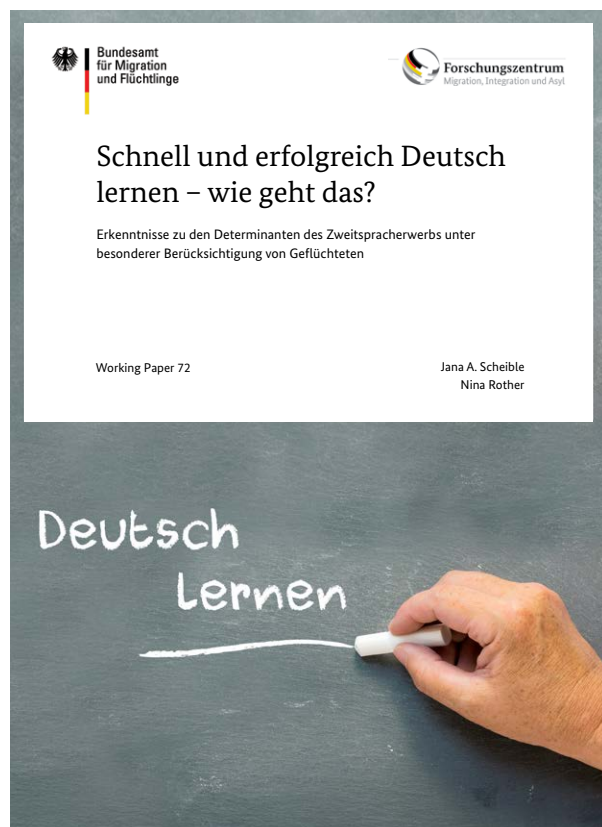
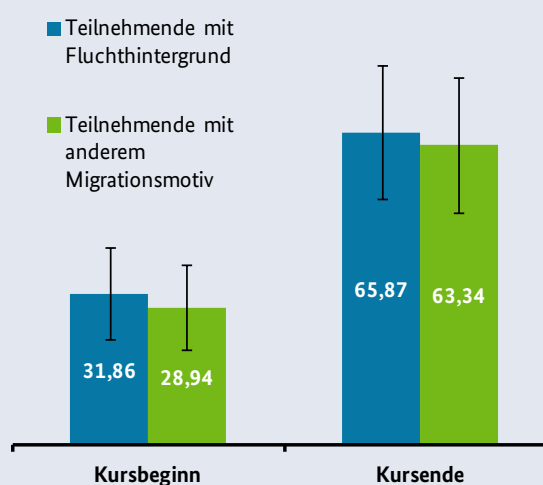


Abbildung 3: Entwicklung der Deutschkompetenz im Kursverlauf (Mittelwert und Standardabweichung)



Anmerkungen: Fehlende Werte wurden durch multiple Imputation ersetzt.

Quelle: Integrationspanel, 1. und 2. Befragung von Kursteilnehmenden; n=2.082.

- Geflüchtete und Zuwanderer mit anderen Migrationsmotiven unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihres Deutschkenntniszuwachses im Integrationskursverlauf. Dies weist darauf hin, dass die Kursleitenden in der Lage sind, auf die besonderen Bedürfnisse der Teilnehmenden mit Fluchthintergrund einzugehen. Die besondere Berücksichtigung der erschwerten Lebenssituation von Geflüchteten durch die Kursleitenden und durch die unterrichtlichen Rahmenbedingungen ist jedoch unerlässlich für den schnellen und erfolgreichen Deutschwerb.

➔ Veröffentlichung

Scheible, Jana A./Rother, Nina (2017): Schnell und erfolgreich Deutsch lernen – wie geht das? Erkenntnisse zu den Determinanten des Zweitspracherwerbs unter besonderer Berücksichtigung von Geflüchteten. Working Paper 72, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen

Projektverantwortliche:
Tatjana Baraulina, Maria Bitterwolf

Das Projekt analysiert die Integration von Flüchtlingen, die im Rahmen des Resettlement-Programms in Deutschland Aufnahme gefunden haben. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwiefern die operative Ausgestaltung des Aufnahmeverfahrens sowie die Integrationsförderung der Flüchtlinge in der ersten Zeit nach der Ankunft in Deutschland auf das erklärte Programmziel – den Flüchtlingen eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland zu ermöglichen – ausgerichtet sind. Dabei sollen insbesondere Einflüsse erkannt werden, welche die Integrationsmotivation von Flüchtlingen fördern (wie etwa die Rolle der Migrationsberater oder der Integrationskurse). Es sollen aber auch Faktoren identifiziert werden, die demotivierend auf die Betroffenen wirken und zu einer abwartenden, inaktiven Haltung oder gar einer negativen Beurteilung der eigenen Situation in Deutschland beitragen.

Die Analyse von subjektiven Wahrnehmungen des Resettlement- und des Integrationsprozesses erlauben es, Empfehlungen für das Resettlement-Verfahren und die Integrationsförderung auszusprechen, welche die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen. Begleitend zur quantitativen Ausweitung des Resettlement-Programms ab 2015 durch einen Beschluss der Innenministerkonferenz fließen Erkenntnisse aus der Studie auch in die Vorschläge des Bundes zur Weiterentwicklung des Programms ein.

In der Studie wird die Integration der Resettlement-Flüchtlinge im Zeitverlauf beobachtet. Deshalb werden mit den Betroffenen qualitative Leitfadeninterviews geführt, die sich auf drei Lebensphasen – Fluchtphase, Aufnahme- und Ankunftsphase und Einstiegsphase – beziehen. Um möglichst valide Ergebnisse zu erzielen, werden Personen befragt, die im Rahmen des Resettlement-Verfahrens in verschiedenen Gruppen (Kohorten) nach Deutschland gekommen sind. Das Projekt teilt sich daher in zwei Teilprojekte auf.

Teilprojekt I untersuchte retrospektiv den Integrationsverlauf von Personen, die im Jahr 2012 aufgenommen wurden. Im Rahmen einer explorativen Befragung wurden 24 Flüchtlinge befragt. Um die Integrationsbedingungen der Resettlement-Flüchtlinge vor Ort zu erfassen, wurden zudem 8 Experteninterviews mit Akteuren der Integrationsförderung auf kommunaler Ebene durchgeführt.

Teilprojekt II beschäftigt sich mit den Personen, die Ende 2014 Aufnahme gefunden haben. Der Integrationsverlauf dieser Personen wird prospektiv beobachtet. Das heißt, die Resettlement-Flüchtlinge werden insgesamt zweimal befragt: zum ersten Mal direkt nach der Einreise und dann ein bis zwei Jahre nach der Einreise. An der Befragung haben rund 70 Resettlement-Flüchtlinge aus der Aufnahmekohorte 2014 teilgenommen.

Erste Ergebnisse aus Teilprojekt I wurden im November 2016 veröffentlicht. Die Auswertungen im Rahmen des Teilprojekts I zeigen, dass das deutsche Aufnahmeverfahren von



den befragten Flüchtlingen als zuverlässig, geregelt, nachvollziehbar und vergleichsweise schnell wahrgenommen wird. Dies sowie die (nach Möglichkeit) gemeinsame Aufnahme von Familienverbänden schaffen nachhaltiges Vertrauen in den Aufnahmestaat und wirken sich positiv auf die Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge aus. Direkt nach der Ankunft in Deutschland haben Resettlement-Flüchtlinge einen hohen Bedarf an Unterstützung und Beratung. Gelingt es den Beratern vor Ort in der Anfangszeit ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Klienten aufzubauen, wirkt sich dies nachhaltig auf den Integrationsverlauf aus. Generell zeigt sich bei den Befragten eine hohe Motivation, die deutsche Sprache zu lernen und am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Unabhängig von individuellen Problemlagen streben alle interviewten Flüchtlinge eine dauerhafte Niederlassung und gesellschaftliche Teilhabe an.

→ Veröffentlichungen

Baraulina, Tatjana/Bitterwolf, Maria (2016): Resettlement: Aufnahme- und Integrationserfahrungen von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Qualitative Studie, Working Paper 70, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Bitterwolf, Maria/Baraulina, Tatjana/Stürckow, Inara/Daniel, Judith (2016): Wanderungsziel Europa? Migrationsentscheidungen afrikanischer Resettlement-Flüchtlinge, Kurzanalyse 2/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte – Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: Dr. Andreas Müller

Die Fokusstudie beleuchtet die integrations- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente, mit denen die soziale und ökonomische Absicherung von Schutzberechtigten in der Bundesrepublik gewährleistet werden soll. Hierzu haben Schutzberechtigte zum einen Zugang zu allen Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Folglich stehen sämtliche Maßnahmen, die zur Eingliederung von deutschen Staatsbürgern in den Arbeitsmarkt entwickelt wurden, auch Personen zur Verfügung, denen in Deutschland ein Schutzstatus gewährt wird. Zum anderen greifen auch die Instrumente der passiven Arbeitsmarktpolitik bei Schutzberechtigten, sodass diese auch im Fall der Arbeitslosigkeit zu denselben Bedingungen abgesichert sind wie Deutsche.

Damit hängt das Niveau der sozialen Absicherung nicht vom Aufenthaltsstatus ab, sondern davon, ob der Betreffende in den Schutzbereich der Arbeitslosenversicherung oder der Grundsicherung für Arbeitssuchende fällt. Folglich sind Schutzberechtigte mindestens auf dem Niveau des sozio-kulturellen Existenzminimums abgesichert.

Ergänzend zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten können Schutzberechtigte auch durch Integrationskurse profitieren, wodurch ihnen der Zugang zu einem umfassenden Sprach- und Orientierungskurs zur Verfügung steht. Darüber hinaus existieren mit dem IQ-Netzwerk und dem ESF-BAMF-Programm Instrumente zur Integration in den Arbeitsmarkt, die auch Schutzberechtigten offen stehen. Damit steht dieser Personengruppe zum einen die Möglichkeit offen, die Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Qualifikationen feststellen zu lassen. Zum anderen haben sie Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen.

→ Veröffentlichung

Müller, Andreas (2016): Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte – Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 66, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



2.3 Forschungsschwerpunkt Zu- und Abwanderung, Zuwanderungssteuerung

Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und/oder -zwecken

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: Janne Grote,
Dr. Michael Vollmer

Die Fokus-Studie arbeitet die Wechselmöglichkeiten, Wechselvoraussetzungen sowie die sozialen und rechtlichen Konsequenzen eines Wechsels des Aufenthaltstitels und -zwecks in Deutschland auf.

Es wird zwischen fünf Aufenthaltstiteln unterschieden, deren Erteilung sich nach dem jeweiligen Aufenthaltszweck richtet und mit allgemeinen sowie zweckbezogenen Voraussetzungen einhergeht. Zu unterscheiden sind das Visum, die Aufenthaltserlaubnis, die Niederlassungserlaubnis, die Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU sowie die Blaue Karte EU. Die rechtlichen Voraussetzungen zur Erteilung eines Aufenthaltstitels orientieren sich in erster Linie an dem Aufenthaltstitel, in den gewechselt werden soll und weniger danach, aus welchem Ausgangstitel dieser Wechsel erfolgt.

Sind die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels erfüllt, ist ein solcher Spurwechsel in einen (anderen) Aufenthaltstitel in der Regel möglich – auch aus dem Inland ohne vorherige Ausreise. Im Bereich des Humanitären hat es jüngst Wechsel erleichterungen für Ausreisepflichtige in einen rechtmäßigen Aufenthalt gegeben, sofern bestimmte Integrationsleistungen erbracht wurden.

Die über Beschlüsse der Innenministerkonferenz zum Bleiberecht zunächst in eine gesetzliche Altfallregelung überführten Regularien (§§ 104a und 104b AufenthG), mündeten im August 2015 in einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung (§§ 25a und 25b AufenthG). Geduldeten Drittstaatsangehörigen, die für das Abschiebehindernis nicht selbst verantwortlich gemacht werden, kann der Wechsel in einen Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 5 AufenthG ermöglicht werden. Ziel der Regelung ist es, sogenannte Kettenuldungen zu verhindern. Mit § 18a AufenthG wurde zudem ein Aufenthaltstitel eingeführt, der es qualifizierten Geduldeten ermöglicht, in Deutschland einer Beschäftigung nachzugehen.

Generell haben auch die ökonomischen Aspekte der Migration in den vergangenen Jahren besondere Aufmerksamkeit erfahren, was letztlich in eine Vielzahl gesetzlicher Neuerungen führte, etwa für Studierende und Auszubildende. Während die Möglichkeiten für einen Spur- oder auch nur für einen Fachwechsel während des Studiums nach wie vor stark eingeschränkt sind, eröffnet sich nach dem erfolgreichen Studienabschluss die Option auf eine längerfristige oder sogar dauerhafte Perspektive in Deutschland.

Gravierender sind i. d. R. die Folgen eines Wechsels in den Status eines Asylbewerbers. Grundsätzlich kann keinem in Deutschland aufhaltigen Drittstaatsangehörigen ein solches Verfahren versagt werden; das Grundgesetz (Art. 16a GG) räumt jedem Antragsteller das Recht auf Prüfung seines Asylanspruchs ein. Der Wechsel bleibt aufenthaltsrechtlich jedoch nicht folgenlos. Ein Spurwechsel aus einem laufenden Asylverfahren ist hingegen kaum möglich und beschränkt sich auf Fälle, in denen ein Erteilungsanspruch besteht.

Im Jahr 2014 erhielten ca. 780.000 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU oder eine Niederlassungserlaubnis. Von diesen reisten ca. 180.000 Personen (22,9 %) im Jahr 2014 nach Deutschland ein, während die große Mehrheit sich bereits im Land befand. Wechsel aus einer Aufenthaltserlaubnis zu Ausbildungszwecken in eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit, eine Blaue Karte EU oder in eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen sind aus quantitativer Sicht von besonderer Bedeutung. Dies gilt auch für Wechsel aus einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit in eine Blaue Karte EU oder in eine Niederlassungserlaubnis für Absolventen deutscher Hochschulen.



→ Veröffentlichung

Grote, Janne/Vollmer, Michael (2016): Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und Aufenthaltszwecken in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 67, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: **Dr. Andreas Müller**

Bei einem Vergleich zwischen der Anzahl abgelehnter Asylanträge mit der Anzahl freiwilliger und zwangsweiser Rückkehrer lässt sich feststellen, dass ein erheblicher Teil (vollziehbar) ausreisepflichtiger Personen im Gebiet der EU-Mitgliedstaaten verbleibt. Hierfür sind Abschiebehindernisse unterschiedlichster Art ausschlaggebend. Mit dem Anstieg der Asylanträge gewinnt auch die Diskrepanz zwischen Ausreisepflicht und tatsächlicher Ausreise an politischer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund soll der vorliegende Beitrag zur EMN-Studie „Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern“ beleuchten, mit welchen Abschiebehindernissen die Behörden der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert sind und welche Maßnahmen sie getroffen haben, um trotz

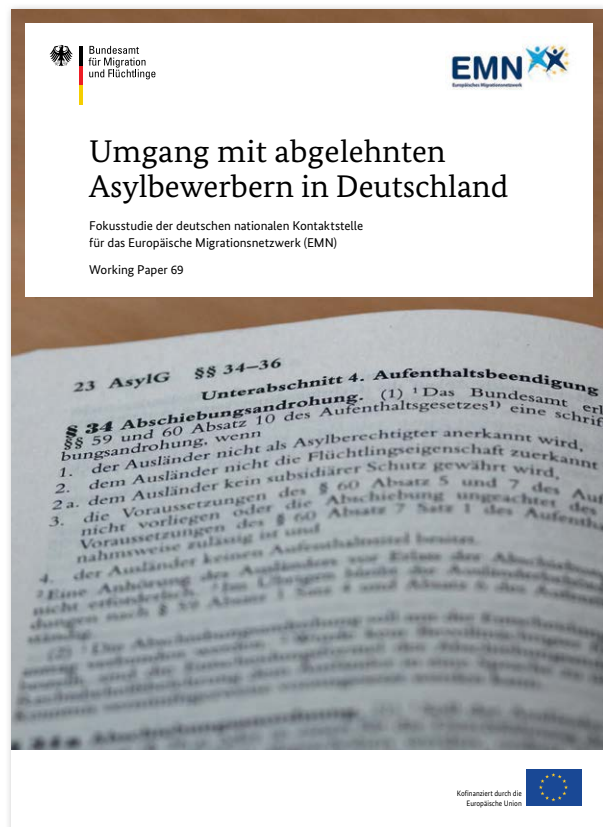
der großen Herausforderungen in diesem Bereich die Ausreisepflicht durchzusetzen.

Dabei kann grundsätzlich festgestellt werden, dass zwar das Asylverfahren selbst und damit die Voraussetzungen für das Eintreten der Ausreisepflicht bundesweit einheitlich geregelt ist, die Maßnahmen der Rückkehrförderung und -politik jedoch nicht. Die Durchsetzung der Ausreisepflicht fällt grundsätzlich in den Zuständigkeitsbereich der Länder, die diese Aufgabe meist an die kommunalen Ausländerbehörden übertragen haben.

Einzelne, besonders arbeitsintensive Aufgaben, die in diesem Zusammenhang anfallen, werden jedoch zunehmend zentralisiert. Dazu zählt vor allem die Pass- und Passersatzbeschaffung; zum Teil auch die Durchführung der Rückführung selbst. Nichtsdestotrotz besteht hier ein der föderalen Struktur geschuldeter Forschungsbedarf.

→ Veröffentlichung

EMN/BAMF – Europäisches Migrationsnetzwerk/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 69, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



Resettlement und humanitäre Aufnahme in Deutschland

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: **Janne Grote, Maria Bitterwolf, Tatjana Baraulina**

In den vergangenen Jahren hat es mehrere Aufnahmeverfahren für ausgewählte schutzbedürftige Personengruppen gegeben, die eine direkte Einreise nach Deutschland aus den Krisenstaaten oder aus Erstaufnahme- und Transitländern ermöglicht haben. Ziel dieser Studie ist es, einen Überblick über die einzelnen humanitären Aufnahmeprogramme und -verfahren zu geben und dabei die rechtlichen Vorgaben, die zentralen administrativen Abläufe sowie die Auswahlkriterien und die beteiligten Akteure zu dokumentieren. Vier jüngst durchgeführte Aufnahmeverfahren stehen dabei im Mittelpunkt:

- das Resettlement-Programm,
- die humanitären Aufnahmeprogramme für insgesamt 20.000 Schutzberechtigte aus Syrien, den Anrainerstaaten sowie Ägypten und Libyen (HAP Syrien),
- das Aufnahmeverfahren für afghanische Ortskräfte und

- die privat finanzierten Länderaufnahmeprogramme für Syrerinnen und Syrer („private sponsoring“/Aufnahme per Verpflichtungserklärung).

Neben den rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen sowie den jüngsten Entwicklungen im Politikfeld wurden in der vorliegenden Studie auch Ergebnisse aus Studien, Dokumentationen und Evaluationen von Länderministerien, Wohlfahrtsverbänden und Forschungseinrichtungen aufbereitet. Die wichtigsten Quellen stellten Rechtstexte und Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsrecht sowie Aufnahmeanordnungen des Bundes und der Länder zu den einzelnen Aufnahmeverfahren dar. Für die Bestands- und Verlaufszahlen zu den einzelnen Aufnahmeverfahren wurden die Antworten der Bundes- und Landesregierungen auf themenrelevante Kleine und Große Anfragen in den Parlamenten seit dem Jahr 2012 herangezogen. Weitere Daten konnten direkt von Fachreferaten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bezogen werden.

Die einzelnen Aufnahmeverfahren haben mehr als 40.000 Schutzbedürftigen eine temporäre bzw. dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland ermöglicht. Dabei wurden zugleich die Erstaufnahme- und Transitländer entlastet und viele Personen vor stark risikobehafteten Reiserouten nach Europa bewahrt.

Die unterschiedlichen Zielgruppen der Kontingentaufnahmen (dauerhaft Schutzbedürftige im Resettlement, Aufnahme aus „heißem Konflikt“ im HAP und Verwandten-

aufnahme mit Unterstützung Privater in den Landesprogrammen) erhalten unterschiedliche Aufenthaltstitel, so dass Leistungsansprüche und Teilhabeberechtigungen – auch im Verhältnis zu anerkannten Flüchtlingen, die das Asylverfahren durchlaufen haben – variieren. Diese Unterschiede steigern die Komplexität für die Beschäftigten der zuständigen Ausländerbehörden sowie Arbeits- und Sozialämter und erfordern eine hohe Transparenz, damit auch die Betroffenen über die verschiedenen Verfahren und Rechtsfolgen informiert sind. Die durch die Ermöglichung unterschiedlicher und zahlreicher legaler Zugangswege bestehenden Herausforderungen liegen darin, die verschiedenen Vorgaben für die einzelnen Statusgruppen zu überblicken und sie den betreffenden Personen verständlich zu machen.

Eine frühzeitige Unterstützung und Beratung der aufzunehmenden Personen in den Kommunen wird als erleichternde und hilfreiche Maßnahme für die Geflüchteten erachtet. In den Kommunen selbst erweist sich das zivilgesellschaftliche Engagement von ansässigen Bürgerinnen und Bürgern als besonders positiv. Im Rahmen der Länderaufnahmeprogramme werden wiederum die Befreiung der Verpflichtungsgebenden von bestimmten Kostenpunkten sowie die Befristung ihrer Haftungspflicht als besonders positiv beschrieben.

➔ Veröffentlichung

Grote, Janne/Bitterwolf, Maria/Baraulina, Tatjana (2016): Resettlement und humanitäre Aufnahme in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 68, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: Janne Grote

In den vergangenen Jahren hat die öffentliche und politische Diskussion zum Familiennachzug auch deswegen an Relevanz gewonnen, da unter anderem in Folge des Syrienkrieges die Anzahl der Asylantragstellenden und der Schutzgewährungen in Deutschland stark angestiegen war. Da für Angehörige der Kernfamilie von Schutzberechtigten ein privilegiertes Nachzugsrecht besteht, gerieten die potentiell Nachzugsberechtigten in den Fokus.

Die Voraussetzungen für den Familiennachzug unterscheiden sich mitunter je nach Aufenthaltsstatus der



aufnehmenden Person, aber auch hinsichtlich des Verwandtschaftsgrades der nachzugswilligen Angehörigen.

Grob lassen sich fünf Kernvoraussetzungen für den Familiennachzug herauskristallisieren: Die aufnehmende Person muss über einen gültigen Aufenthaltstitel verfügen, ausreichenden Wohnraum und Krankenversicherungsschutz für sich und die nachziehenden Familienangehörigen vorweisen sowie den Lebensunterhalt sichern können. Darüber hinaus müssen bestimmte „Integrationsleistungen“ vor und/oder nach dem Nachzug erfüllt werden (z. B. Nachweis über Deutschkenntnisse). Beim Ehe- bzw. Lebenspartnernachzug müssen die Partnerinnen und Partner wiederum in der Regel mindestens 18 Jahre alt sein.

Für einzelne Personengruppen kann bei dem Familiennachzug von bestimmten Voraussetzungen abgesehen werden oder ist von diesen abzuweichen. Dies gilt beispielsweise für die Lebensunterhaltssicherung, von der bei Resettlement-Flüchtlings, Asylberechtigten, anerkannten Geflüchteten sowie subsidiär Schutzberechtigten abzuweichen ist bzw. abgesehen werden kann.

Einschränkungen beim Familiennachzug gelten derzeit für subsidiär Schutzberechtigte. Für diejenigen, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis als subsidiär Schutzberechtigte erteilt wurde, wurde der Familiennachzug bis zum 16. März 2018 ausgesetzt; ein Nachzug während dieser Phase ist nur in Einzelfällen und aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen möglich. Ein

Familiennachzug wird desweiteren nicht zugelassen, wenn feststeht, dass es sich um eine Schein- oder Zwangsehe bzw. Schein- oder Zwangspartnerschaft handelt. Auch der Nachzug zu vollziehbar Ausreisepflichtigen wird nicht gewährt.

Seit 2014 ist ein deutlicher Zuwachs an erteilten Aufenthaltserlaubnissen für Drittstaatsangehörige im Rahmen der Familienzusammenführung mit Deutschen und Drittstaatsangehörigen zu verzeichnen. So stieg die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Familienzusammenführung von knapp 55.000 im Jahr 2013 auf 63.677 im Jahr 2014. Die Zahl stieg 2015 weiter auf insgesamt 82.440 an. Den größten Anteil an den Familienzusammenführungen machten Ehefrauen bzw. Lebenspartnerinnen, die zu ihren Ehemännern oder Lebenspartnerinnen nachzogen aus. Minderjährige Kinder stellten in den vergangenen Jahren die zweitgrößte Nachzugsgruppe. Die zehn Hauptherkunftsländer im Familiennachzug waren im Jahr 2015 Syrien, die Türkei, die Russische Föderation, Indien, Kosovo, die USA, die Ukraine, China, der Irak sowie Bosnien und Herzegowina.

Der starke Anstieg an Asylantragstellenden und Schutzberechtigten in den vergangenen Jahren stellt die Familien und die deutschen Auslandsvertretungen vor große Herausforderungen, insbesondere in den Nachbarländern Syriens, wo das Visumverfahren zur Einreise nach Deutschland durchgeführt wird. Die dortigen personellen Kapazitäten reichen trotz zahlreicher Maßnahmen zur Beschleunigung der Antragsbearbeitung bisher nicht aus. Zudem sind an einzelnen Auslandsvertretungen zwischenzeitlich Wartezeiten zur Antragstellung von mehr als eineinhalb Jahren¹ entstanden. Es wird versucht, diesem Antragsstau mit weiteren Personalaufstockungen, infrastrukturellen Maßnahmen und Verfahrenserleichterungen zu begegnen; allerdings steigt parallel auch die Anzahl der Antragsberechtigten und Antragstellenden. Die Einschränkung des Nachzugs für subsidiär Schutzberechtigte wird hier einen deutlichen Verzögerungseffekt beim Nachzug mit sich bringen.



➔ Veröffentlichung

Grote, Janne (2017): Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 73, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

¹ Die Wartezeit beträgt inzwischen nur noch 9 Monate

Irreguläre Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: Julian Tangermann, Janne Grote

In der Studie stehen Fragen nach den rechtlichen Grundlagen und der praktischen Umsetzung der Aufdeckung, Ahndung und Verfolgung illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, sowie zum Umfang der illegalen Beschäftigung und den präventiven Maßnahmen im Mittelpunkt.

Das zentrale Regelwerk für die Bekämpfung illegaler Beschäftigung im Allgemeinen ist das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Es legt die Kompetenzen der für Prüfungen zuständigen Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls fest, gibt Art und Umfang der Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden vor und definiert Strafen und Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen. Auch für den straf- und ordnungsrechtlichen Umgang mit illegal beschäftigten Drittstaatsangehörigen bildet das SchwarzArbG zusammen mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Aufenthaltsgesetz den wesentlichen Rechtsrahmen. Aufgrund der teilweisen thematischen Überlappungen mit Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung bzw. der Ausbeutung der Arbeitskraft, werden auch die Vorgaben hierzu jeweils kurz beleuchtet.

Der Umfang der illegalen Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland lässt sich anhand der bestehenden statistischen Erfassungsmethoden der wichtigsten Kontrollbehörde, der FKS, nicht bestimmen. Des Weiteren fehlen belastbare wissenschaftliche Untersuchungen oder Schätzungen zum Umfang der illegalen Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, so dass eine Aussage über ihren quantitativen Anteil an der in Deutschland verübten illegalen Beschäftigung insgesamt nicht getroffen werden kann.

Planung und Ablauf der Prüfungen der FKS werden detailliert beschrieben, ebenso ihre Zusammenarbeit mit weiteren Behörden. Die FKS verfügt über umfangreiche Prüfbefugnisse (u. a. Arbeitsstellen zu betreten, Geschäftsunterlagen einzusehen, Beschäftigte zu befragen). Weder bei der FKS noch bei anderen Kontrollbehörden finden sich in Bezug auf die Aufdeckung illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen spezifische Arbeitseinheiten oder Prüfungen. Fälle illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen werden in der Regel im Rahmen der allgemeinen Prüfungen aufgedeckt. Eine Notwendigkeit zur gesonderten Prüfung wird von den Kontrollbehörden nicht gesehen. Werden Fälle illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen aufgedeckt, werden diese an die Staatsanwaltschaft und die zuständige

Ausländerbehörde weitergeleitet, die gegebenenfalls strafrechtliche bzw. aufenthaltsrechtliche Schritte einleiten.

Über verschiedene Maßnahmen wird zudem versucht präventiv illegale Beschäftigung einzudämmen, wobei die Maßnahmen ebenfalls allgemeinen Charakter haben und nur wenige Angebote explizit auf Drittstaatsangehörige abzielen. Es handelt es sich in erster Linie um Informationskampagnen für Arbeitgeber, die über die Nachteile und Risiken illegaler Beschäftigung aufklären sowie um Rechtsberatungsangebote für illegal beschäftigte Drittstaatsangehörige.

Sowohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ohne einen entsprechenden Aufenthaltstitel oder ohne Berechtigung zur Erwerbstätigkeit beschäftigt sind, als auch ihre Arbeitgeber können ordnungs- und strafrechtlich belangt werden. Für Arbeitgeber, die illegal Drittstaatsangehörige beschäftigen, können Bußgelder bis zu 500.000 Euro verhängt werden. Darüber hinaus drohen Haftstrafen oder Ausschlüsse von öffentlichen Aufträgen und Subventionen. Desweiteren fordern die Sozialversicherungsträger nicht gezahlte Beiträge zur Sozialversicherung nach.

Die Folgen für drittstaatsangehörige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reichen von Geldbußen über Freiheitsstrafen bis hin zur Aufenthaltsverkürzung, Ausweisung und Abschiebung. Illegal beschäftigte Drittstaatsangehörige – ob erlaubt oder unerlaubt aufhältig – haben jedoch grundsätzlich das Recht, nicht erhaltene Vergütung für ihre verrichtete Arbeit beim Arbeitgeber einzuklagen. Eine Interessenvertretung und Rechtsberatung bieten gewerkschaftliche Anlauf- und Beratungsstellen in mehreren Städten in Deutschland an. Häufig wird eine außergerichtliche Einigung mit dem Arbeitgeber angestrebt, um langwierige Gerichtsverfahren zu vermeiden.

Die Publikation ist für 2017 vorgesehen.

Die fünf zuletzt aufgeführten Studien wurden von der deutschen EMN-Kontaktstelle im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Teilberichte zu europäisch- vergleichend angelegten Studien erarbeitet und aus EU- Mitteln kofinanziert. Die Studien liegen auch in englischer Fassung vor. Syntheseberichte auf Grundlage der Beiträge aller beteiligten EU-Staaten wurden entweder seitens des EMN in Brüssel bereits veröffentlicht oder werden in den kommenden Monaten veröffentlicht (s. a. 5.1.).

Die Blaue Karte EU in Deutschland Kontext und Ergebnisse der BAMF-Befragung

**Projektverantwortliche: Elisa Hanganu,
Barbara Heß**

Angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs in bestimmten Berufsfeldern hat die Zuwanderung von Hochqualifizierten in Deutschland bereits an Bedeutung gewonnen. Nach mehreren rechtlichen Änderungen zur Vereinfachung dieser Zuwanderung wurde im August 2012 die Blaue Karte EU durch die Einführung des § 19a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) etabliert. Sie geht auf die Umsetzung der sogenannten Hochqualifizierten-Richtlinie der EU (Richtlinie 2009/50/EG) zurück und ist ein befristeter Aufenthaltstitel für hochqualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten. Bei Antragstellung muss ein deutscher, ein ausländischer anerkannter oder als vergleichbar bewerteter Hochschulabschluss nachgewiesen werden. Eine Blaue Karte EU kann nur dann erteilt werden, wenn eine Arbeitsplatzzusage für eine Beschäftigung in Deutschland vorliegt, mit der ein bestimmtes Mindestgehalt erzielt wird. Für Fachkräfte aus den Bereichen Ingenieurwesen, Naturwissenschaft, Informatik und Humanmedizin gilt ein geringeres Mindestgehalt im Vergleich zu anderen akademischen Berufen.

Um mehr über die sozioökonomischen Charakteristika, die Migrationsmotive, die Berufstätigkeit und die Bleibeabsichten

der Inhaber einer Blauen Karte EU zu erfahren, wurde im Jahr 2014 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Befragung durchgeführt. Auf der Basis von 4.340 Antworten konnten so eine Studie erstellt werden, die umfangreich über die Blaue Karte EU und die Einschätzungen zu zahlreichen Aspekten wie Bildung, Stellensuche und aktuelle berufliche Situation der Inhaber einer solchen Karte informiert.

Beispielhaft werden hier die Ergebnisse zu den Bleibeabsichten der Inhaber einer Blauen Karte EU vorgestellt. Die Befragungsdaten zeigen, dass knapp ein Drittel der Befragten plant, für immer in Deutschland zu bleiben. Weitere 39 % streben einen Aufenthalt von mindestens zehn Jahren und 22 % zwischen fünf und zehn Jahren an. Nur 8 % sind auf einen kurzfristigen Aufenthalt eingestellt. Staatsangehörige aus Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens haben sehr hohe Bleibeabsichten, gefolgt von Personen aus Osteuropa und Zentralasien. Dagegen liegt bei Personen aus der Türkei, Indien und China der Anteil der kurz- und mittelfristig geplanten Aufenthalte deutlich über dem Durchschnitt. Am geringsten sind die Bleibeabsichten bei Befragten aus den nordamerikanischen und Pazifischen Ländern.



Veröffentlichung

Hanganu, Elisa/Heß, Barbara (2016): Die Blaue Karte EU in Deutschland. Kontext und Ergebnisse der BAMF-Befragung. Forschungsbericht 27, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



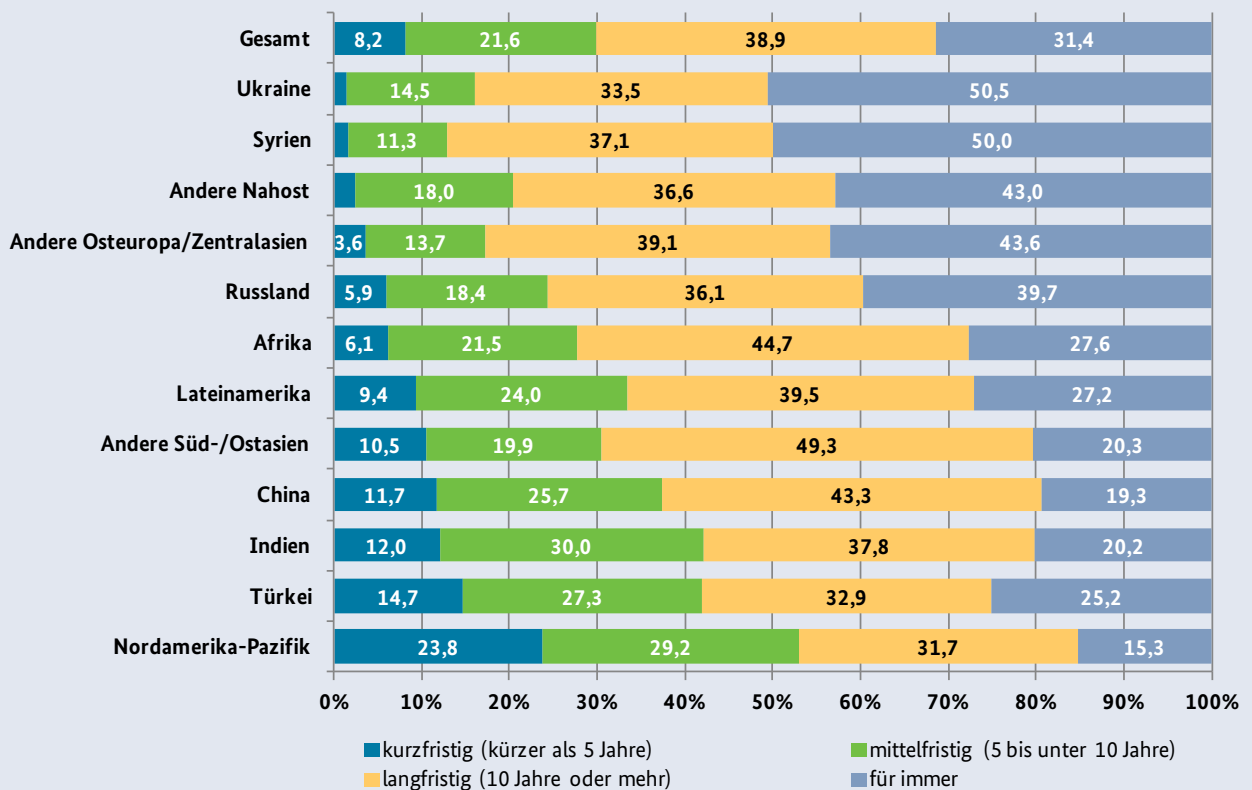
Soziale Komponente „SoKo“

**Projektverantwortliche: Dr. Matthias Neske,
Anna-Katharina Rich**

Die sogenannten „SoKo“-Daten („Soziale Komponente“) stellen eine Verwaltungsstatistik dar, in der freiwillige Angaben u.a. zu der schulischen Bildung und der zuletzt ausgeübten beruflichen Tätigkeit von Asylantragstellern gespeichert werden. Die Daten werden im Rahmen der Asylerstantragstellung mit Hilfe eines Dolmetschers erfasst. Im Jahr 2016 sind zwei Kurzanalysen des BAMF-Forschungszentrums erschienen, die Daten der sozialen Komponente auswerten. Kurzanalyse 3/2016 wertete die Daten zum Qualifikationsniveau von Personen aus, die im Jahr 2015 ihren Asylerstantrag stellten, wohingegen Kurzanalyse 4/2016 Antragstellungen des ersten Halbjahres 2016 als Grundlage hat.

Da die „SoKo“-Daten ursprünglich zu Verwaltungszwecken dienten, entsprechen sie nicht den Standards einer wissenschaftlichen Erhebung. Besonders die in der Datenbank hinterlegten Kategorien machen Aussagen teilweise ungenau

Abbildung 4: Bleibeabsichten nach Staatsangehörigkeitsgruppen, Verteilung in Prozent



Quelle: BAMF-Befragung der Blaue-Karte-Inhaber 2014: n = 4.141, für Verteilung der Staatsangehörigkeitsgruppen.

und schwer interpretierbar. Da aber im Jahr 2015 rund 73 % und im ersten Halbjahr 2016 mehr als 80 % aller Antragsteller Angaben zu ihrem Qualifikationsniveau machten, liefern sie eine Abdeckung, die in anderen Studien kaum realisierbar ist und sind somit trotz ihrer Einschränkungen als wertvolle Tendenzen zu sehen.

17 % der volljährigen Befragten aus dem ersten Halbjahr 2016 gaben an eine Hochschule besucht zu haben, wohingegen für gut 21 % das Gymnasium die höchste besuchte Bildungseinrichtung darstellte. Der Großteil der Befragten (31 %) besuchte eine Mittelschule und 21 % haben lediglich eine Grundschule besucht. 10 % hatten keine formelle Schulbildung. Es zeigen sich starke Unterschiede bezüglich der Herkunftsländer der Befragten. So besuchten Antragsteller aus dem Iran und Syrien deutlich häufiger Hochschulen.

Unter den Befragten, die im Herkunftsland zuletzt einer beruflichen Tätigkeit nachgingen, stellte der Handwerksbereich (mit 15 %) den wichtigsten Tätigkeitssektor dar, gefolgt von Dienstleistungen und Hilfstätigkeiten. Unter den Frauen war der Lehrberuf die häufigste letzte Tätigkeit.

Auch zukünftig werden regelmäßige Analysen der „SoKo“-Daten in Form von Kurzanalysen veröffentlicht werden.

Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Forschungszentrum
Migration, Integration und Asyl

BAMF-Kurzanalyse

Ausgabe 4|2016 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Ausgabe 4|2016 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

04 | 2016

Asylerstantragsteller in Deutschland im ersten Halbjahr 2016

Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit

Von Matthias Neske und Anna-Katharina Rich

Die sogenannten „SoKo“-Daten („Soziale Komponente“) werden während der Asylerstantragstellung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf freiwilliger Basis erhoben und geben u. a. einen groben Überblick über die Qualifikationsstruktur der Schutzsuchenden. In dieser Kurzanalyse wird das erste Halbjahr 2016 betrachtet.

AUF EINEN BLICK

■ Im ersten Halbjahr 2016 wurden rund 250.000 erwachsene Asylbewerber bei ihrer Asylerstantragstellung zu ihrer Qualifikation befragt. Teile der befragten Personen waren bereits 2015 eingereist, konnten aber erst 2016 ihren Asylantrag stellen. Mehr als 80 % aller Befragten machten Angaben zu Schulbildung und dem zuletzt ausgeübten Beruf.

■ Die meisten Befragten (31 %) gaben an, als höchste Bildungseinrichtung eine Mittelschule besucht zu haben. Danach folgen Gymnasien und Grundschule mit jeweils gut 21 %. 10 % hatten keine formelle Schulbildung und 17 % besuchten eine Hochschule. Frauen hatten häufiger als Männer keine formelle Schulbildung.

■ Syrer machten mit 109.316 befragten Personen die deutlich größte Gruppe aus, gefolgt von Irakern (34.893) und Afghanen (33.532).

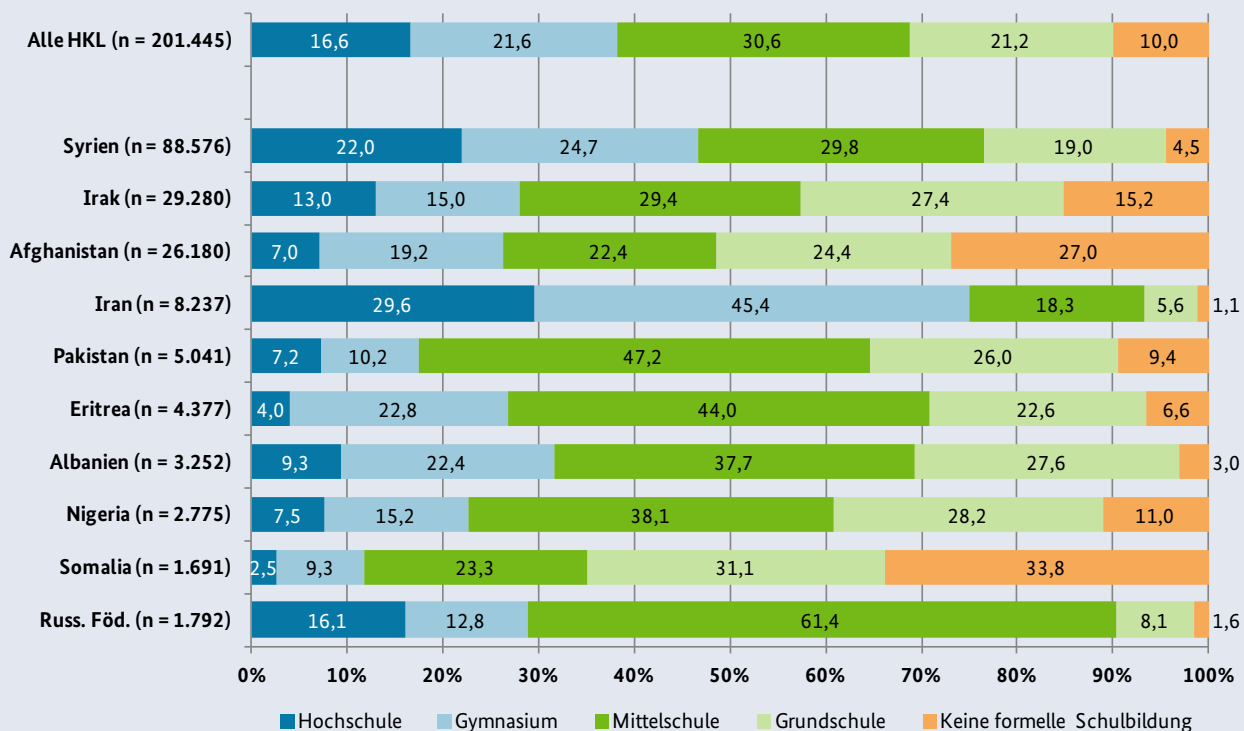
■ Bei den im Herkunftsland zuletzt Erwerbstätigen war der Handwerksbereich mit 15 % der wichtigste Tätigkeitssektor, gefolgt von Dienstleistungen und Hilfstätigkeiten. Unter den Frauen stellten hingegen Lehrberufe die häufigste letzte Tätigkeit dar.

■ Rund 70 % der Befragten waren Männer, die meisten im Alter von 18 bis 36 Jahren. Der Frauenanteil lag gegenüber dem Jahr 2015 um 3,4 Prozentpunkte gestiegen. Unter Syrern wuchs der Frauenanteil mit knapp 10 Prozentpunkten überdurchschnittlich stark, aber unter den Irakern und Afghanen waren deutlich mehr Frauen als im Vorjahr.

■ Die durchschnittlich höchste Bildung hatten die insgesamt fast 13.000 Antragsteller, die zuletzt als Ingenieure oder in Lehr- und medizinischen Berufen gearbeitet haben. Die niedrigste Bildung hatten Antragsteller, die zuletzt in der Landwirtschaft, als Hilfskraft oder im Baugewerbe gearbeitet haben. Ehemalige Handwerker, die den verhältnismäßig größten Teil der zuletzt erwerbstätigen Antragsteller ausmachten, besaßen ebenfalls ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau.

■ Rund die Hälfte der Antragsteller war verheiratet und die häufigsten Muttersprachen waren Arabisch, Dari/Farsi und Kurmandschî.

Abbildung 5: Höchste besuchte Bildungseinrichtung der volljährigen Asylersuchsteller aus allen und den Top-10-Herkunftsländern im ersten Halbjahr 2016 (in Prozent)



Quelle: „SoKo“-Datenbank, 03.08.2016, alle HKL: n = 201.445, Top-10: n = 171.201 (ohne Schulangabe „Sonstige“)

→ Veröffentlichungen

Rich, Anna-Katharina (2016): Asylersuchsteller in Deutschland im Jahr 2015. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit, Kurzanalyse 3/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Neske, Matthias/Rich, Anna-Katharina (2016): Asylersuchsteller in Deutschland im ersten Halbjahr 2016. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit, Kurzanalyse 4/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern im Familiennachzug

Projektverantwortliche:
Marie Wälde, Dr. Katalin Evers

Die Zuwanderung im Rahmen des Familiennachzugs hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Allein im Jahr 2015 sind die Zuzugszahlen in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr um 29,5 % gestiegen. Dieser Anstieg ist vor allem auf einen vermehrten Familiennachzug syrischer Staatsangehöriger zurückzuführen. Insofern kann aufgrund der hohen Zuzugszahlen im Bereich der humanitären Zuwanderung, aber auch im Bereich der Bildungs- und

Erwerbsmigration, auch in Zukunft mit einem weiteren Anstieg der Zuwanderung im Familiennachzug gerechnet werden. Aufgrund der hohen Bedeutung einer Arbeitsmarktteilnahme für eine gelungene Integration wurden in dieser Studie relevante Aspekte, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit behindern oder begünstigen, im Hinblick auf diese Personengruppe untersucht. Dies ist sowohl für die Zuwanderer selbst als auch für den Arbeitsmarkt der aufnehmenden Gesellschaft von hoher Relevanz.

Es wurde daher auf Grundlage einer repräsentativen Stichprobe eine Online-Befragung von Personen durchgeführt, die zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 30. Juni 2015 als Ehegatten oder Elternteile zugewandert sind, zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung weiterhin in Deutschland aufhältig und zwischen 18 und 54 Jahren alt waren. Insgesamt konnten die Antworten von 3.102 Personen ausgewertet werden. Da hinsichtlich der Staatsangehörigkeit keine Einschränkung der Grundgesamtheit erfolgt ist, wurden anhand dieses Merkmals zehn Herkunftsgruppen gebildet, um eine sinnvolle Auswertung zu ermöglichen. Dies sind die Türkei, GUS, Westbalkan, Maghreb und Nahost, Ost- und Südostasien, Südasien, Industriestaaten, Süd- und Mittelamerika, Subsahara-Afrika sowie Syrien.

Die Personen wurden zu ihren schulischen und beruflichen Bildungsvoraussetzungen, ihrer bisherigen Arbeitsmarkterfahrung und ihrer Teilnahme am deutschen Arbeitsmarkt

befragt. Dabei wurden teils deutliche herkunftsspezifische Unterschiede deutlich. Es zeigt sich, dass der größte Teil der Zuwanderer dieser Grundgesamtheit langfristige Bleibeabsichten hat. So geben fast zwei Drittel der befragten Personen an, mindestens zehn Jahre oder sogar für immer in Deutschland bleiben zu wollen. Dies verdeutlicht umso mehr die Notwendigkeit einer nachhaltigen Integration. Die Ergebnisse werden im Rahmen eines Forschungsberichts voraussichtlich im zweiten Quartal 2017 publiziert.

2.4 Forschungsschwerpunkt Islam

Muslimisches Leben in Deutschland 2016 (MLD 2016)

Projektverantwortliche:

Rebekka Risch, Steffen Rotermund, Dr. Anja Stichs, Marieke Volkert

Mit der im Juni 2009 veröffentlichten Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD 2008), welche das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) durchführte, wurde erstmalig eine repräsentative Studie über die muslimische Bevölkerung Deutschlands aus 49 Herkunftsländern vorgelegt und eine fundierte Datenbasis über die muslimische Bevölkerung geschaffen. Dabei verfolgte die Studie das Ziel, die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime sowie die Anteile an den verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen zu schätzen und belastbare Informationen über die religiöse Praxis von Muslimen in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Aspekten ihrer Integration zu gewinnen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde von der DIK beauftragt, eine Nachfolgestudie zu MLD 2008 durchzuführen. In Anlehnung an die aktuellen Schwerpunkte der Islamkonferenz stehen in der Neuauflage „Muslimisches Leben in Deutschland 2016“ (MLD 2016) der Bedarf und das Interesse an Angeboten im Bereich der islamischen Wohlfahrtspflege im Fokus. Ein besonderes Augenmerk gilt der Erhebung von Informationen zu Kinder- und Jugendhilfe sowie der Altenpflege. Verschiedene Studien konnten aufzeigen, dass Muslime medizinisch-pflegerische Leistungen nur in geringem Maße in Anspruch nehmen und Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten unterrepräsentiert sind. Neben dem Ziel, ein aktuelles Bild der Lebenssituation von Muslimen in Deutschland zu erhalten, soll „MLD 2016“ daher die Erwartungen von Muslimen an diese Angebote darstellen und individuelle Kriterien, welche ihre Inanspruchnahme beeinflussen, untersuchen.

In der Studie „MLD 2016“ wurden im Herbst 2015 bis zum Jahresanfang 2016 2.045 Muslime aus den Herkunftsregionen

Türkei, Südosteuropa, Naher Osten, Iran, Nordafrika und Süd-/Südostasien auf Basis eines standardisierten Fragebogens telefonisch interviewt. Auf diesen Daten basierende Veröffentlichungen sind für 2017 geplant.

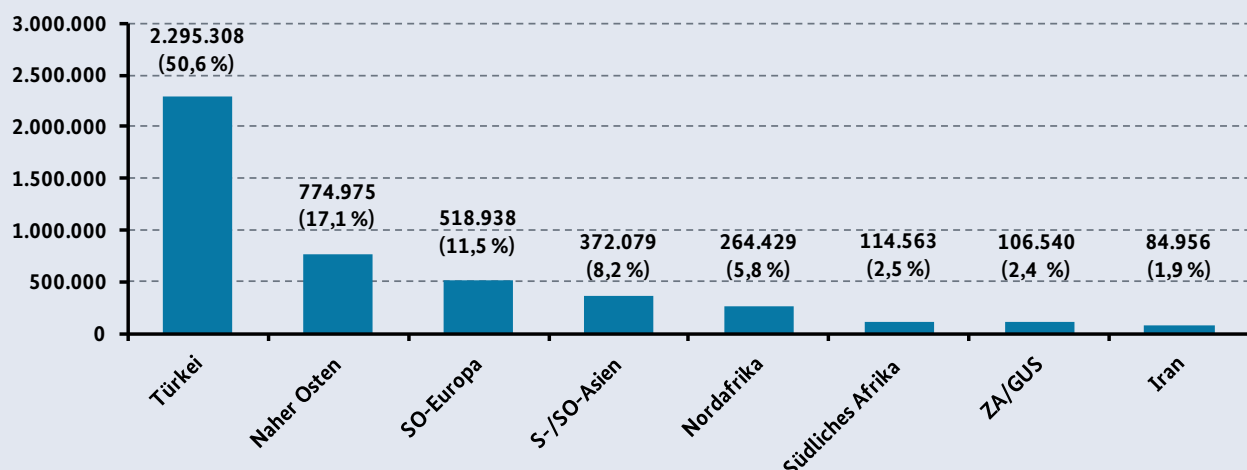
Neben dieser Befragung wurde auch eine erneute Hochrechnung der Zahl der Muslime in Deutschland durchgeführt und im Working Paper 71 veröffentlicht. Ergebnis ist, dass in Deutschland am 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen muslimische Männer und Frauen lebten. Demnach sind von insgesamt 82,2 Millionen Einwohnern zwischen 5,4 und 5,7 % muslimische Glaubensangehörige. Weiter zeigt sich, dass seit der Zensushebung im Mai 2011 bis Ende des Jahres 2015 rund 1,2 Millionen muslimische Männer und Frauen nach Deutschland gekommen sind. Gut jeder vierte Muslim lebt somit erst vergleichsweise kurz in Deutschland. Dies ist im Zusammenhang mit der Zuwanderung Geflüchteter in den Jahren 2014 und 2015, darunter viele aus muslimisch geprägten Herkunftsländern, zu sehen. Der Anteil der neu Zugewanderten an allen Muslimen beträgt 27 %.

➔ Veröffentlichung:

Stichs, Anja (2016): Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31.12.2015. Working Paper 71 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg.



Abbildung 6: Muslime zum Stand 31. Dezember 2015 nach Herkunftsregionen (mittlerer Wert)



Quelle: Hochrechnungen auf Basis von MLD 2008 und Zensus sowie der Asyl-GEST und des AZR.

Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“

Projektverantwortliche:
Milena Uhlmann

Die im BAMF angesiedelte Beratungsstelle „Radikalisierung“ wurde mit der Freischaltung einer Beratungshotline für Ratsuchende aus dem sozialen Umfeld islamistisch bzw. jihadistisch radikalisierter Personen am 01.01.2012 offiziell eröffnet. Sie bietet eine Erstberatung zur grundsätzlichen Klärung der Situation, aufgrund derer die ratsuchende Person sich sorgt, an. Liegen Hinweise darauf vor, dass es sich um ein islamistisch bzw. jihadistisch motiviertes Radikalisierungsgeschehen handelt, vermittelt die Beratungsstelle eine weitergehende, persönliche Beratung durch einen zivilgesellschaftlichen „Partner vor Ort“. In so genannten sicherheitsrelevanten Fällen – etwa wenn eine Ausreise in eine Region geplant ist, in der jihadistische Gruppen operieren – wird auch mit den entsprechenden Sicherheitsbehörden Kontakt aufgenommen. Bis August 2017 soll auf Wunsch des Bundesministeriums des Inneren (BMI) eine Evaluation der Beratungsarbeit der Beratungsstelle und ihrer vier „Partner vor Ort“ auf Bundesebene vorgelegt werden.

Das Forschungsprojekt hat die Analyse der Effektivität und Effizienz der Arbeit der Beratungsstelle sowie der Erhebung und Analyse von best practices und lessons learnt (auch unter Vergleich mit Programmen im Ausland) zum Ziel. Auf Grundlage der Analyse sollen Effektivität und Effizienz der Arbeit der Beratungsstelle und ihrer „Partner vor Ort“ – wo notwendig – nachjustiert und wo möglich erhöht werden. Weiterhin können Zielvorgaben und Konzepte an neue Handlungsfelder und Herausforderungen der Beratungspraxis angepasst werden. Zweck der Evaluation ist es damit, zur Stabilisierung des familiären Umfelds

radikalisierter Personen beizutragen und auf diese Weise Interventionen zur Deradikalisierung der betreffenden Person zu ermöglichen bzw. in ihrer Wirkung zu verbessern. Neben den Dynamiken und Interaktionen innerhalb eines konkreten Beratungsprozesses werden auch konkrete Problemstellungen und Herausforderungen für die Beratenden in den Blick genommen.

Das Jahr 2016 wird durch Auswertungen geprägt sein. Der Abschlussbericht ist für 2017 vorgesehen.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

BERATUNGSSTELLE

RADIKALISIERUNG





HOTLINE Eltern Beratungsstelle Radikalisierung Service
vertraulich beratung@bamf.bund.de kostenloses Angebot
Tochter **HELFEN** Familie Konversion Freunde Prävention
fragen Beratung Netzwerke **ISLAMISMUS** Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge **KONTAKT** Beratungsstellen vor
Ort **ANSPRECHPARTNER** Islam **NEUE WEGE** Religion

3

Publikationen

Die große Bandbreite hauseigener Publikationen richtet sich an die Politik, die Fachöffentlichkeit und die allgemeine Öffentlichkeit. Besondere Bedeutung kommt dem jährlichen Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu. Dieses Standardwerk entsteht im Auftrag der Bundesregierung und gibt allen Interessierten einen Überblick über das Migrationsgeschehen von und nach Deutschland.

Die Expertise der Wissenschaftlichen Mitarbeiter wird immer stärker nachgefragt. Dies spiegelt sich auch in der Zahl der externen Publikationen, beispielsweise den veröffentlichten Beiträgen in nationalen und internationalen Fachzeitschriften, wider.

3.1 Interne Publikationen

Babka von Gostomski, Christian (2016): Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“. Aspekte der Integration von zugewanderten rumänischen und polnischen Staatsangehörigen in Deutschland, Kurzanalyse 6/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Baraulina, Tatjana/Bitterwolf, Maria (2016): Resettlement: Aufnahme- und Integrationserfahrungen von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Qualitative Studie, Working Paper 70, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Bitterwolf, Maria/Baraulina, Tatjana/Stürckow, Inara/Daniel, Judith (2016): Wanderungsziel Europa? Migrationsentscheidungen afrikanischer Resettlement-Flüchtlinge, Kurzanalyse 2/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Sirries, Steffen/Böhm, Axel/Brücker, Herbert/Kosyakova, Yuliya (2016): Auf der Flucht – Motive und Kosten, in:

Brücker, Herbert et al. (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 22-29.

Scheible, Jana A./Schacht, Diana/Trübswetter, Parvati (2016): Ankommen in Deutschland, in: Brücker, Herbert et al. (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 30- 36.

Romiti, Agnese/Brücker, Herbert/Fendel, Tanja/Kosyakova, Yuliya/Liebau, Elisabeth/Rother, Nina/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Siegert, Manuel (2016): Bildung und Sprache, in: Brücker, Herbert et al. (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 37-47.

Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen/Babka von Gostomski, Christian/Böhm, Axel/Fendel, Tanja/Friedrich, Martin/Giesselmann, Marco/Kosyakova, Yuliya/Kroh, Martin/ Kühne, Simon /Liebau, Elisabeth/Richter, David/Romiti, Agnese/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Schmelzer, Paul/ Siegert, Manuel/Sirries, Steffen/Trübswetter, Parvati/Vallizadeh, Ehsan (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration, Kurzanalyse 5/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen/Babka von Gostomski, Christian/Böhm, Axel/Fendel, Tanja/Friedrich, Martin/Giesselmann, Marco/Kosyakova, Yuliya/Kroh, Martin/Kühne, Simon/Liebau, Elisabeth/Richter, David/Romiti, Agnese/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Schmelzer, Paul/Siegert, Manuel/Sirries, Steffen/Trübswetter, Parvati/Vallizadeh, Ehsan (2016): IAB-BAMF-SOEP Refugee Survey. Forced migration, arrival in Germany, and first steps toward integration, Brief Analysis 5/2016, Nürnberg: Federal Office for Migration and Refugees.

Hanganu, Elisa/Hefß, Barbara (2016): Die Blaue Karte EU in Deutschland. Kontext und Ergebnisse der BAMF-Befragung. Forschungsbericht 27, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Neske, Matthias/Rich, Anna-Katharina (2016): Asylantragsteller in Deutschland im ersten Halbjahr 2016. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit, Kurzanalyse 4/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Rich, Anna-Katharina (2016): Asylantragsteller in Deutschland im Jahr 2015. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit, Kurzanalyse 3/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Scheible, Jana A./Rother, Nina (2017): Schnell und erfolgreich Deutsch lernen – wie geht das? Erkenntnisse zu den Determinanten des Zweitspracherwerbs unter besonderer Berücksichtigung von Geflüchteten. Working Paper 72, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Stichs, Anja (2016): Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31.12.2015. Working Paper 71, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Worbs, Susanne Bund, Eva/Böhm, Axel (2016): Asyl – und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland. BAMF-Flüchtlingsstudie 2014. Forschungsbericht 28, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Worbs, Susanne/Bund, Eva (2016): Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen. Kurzanalyse 1/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerkes

EMN/BAMF – Europäisches Migrationsnetzwerk/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte. Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 66, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

EMN/BAMF – Europäisches Migrationsnetzwerk/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Umgang

mit abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 69, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

EMN/BAMF – Europäisches Migrationsnetzwerk/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Migration, Integration, Asyl. Politische Entwicklungen in Deutschland 2015. Jährlicher Bericht der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Grote, Janne/Bitterwolf, Maria/Baraulina, Tatjana (2016): Resettlement und humanitäre Aufnahme in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 68, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Grote, Janne/Vollmer, Michael (2016): Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und Aufenthaltszwecken in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 67, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

3.2 Externe Publikationen

Monographien/ Herausgeberschaften

Brücker, Herbert/Fendel, Tanja/Kunert, Astrid/Mangold, Ulrike/Kalusche, Barbara/Siegert, Manuel/Schupp, Jürgen (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland – eine qualitative Befragung, IAB-Forschungsbericht 09/2016, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schumacher, Nils (2016): „Die kann ich nicht ab“. Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Beiträge in Sammelbänden

Bund, Eva/Worbs, Susanne (2016): Gesundheit, psychosoziale Lage und Identität bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, in: Fendl, Elisabeth/Kasten, Tilman/Mezger, Werner/Prosser-Schell, Michael/Retterath, Hans-Werner/Scholl-Schneider, Sarah (Hg.): Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 2016 (Band 57). Gesundheit

und Krankheit bei russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. Münster: Waxmann Verlag, 17-36.

Frindte, Wolfgang/Ben Slama, Brahim/Dietrich, Nico/Pisoiu, Daniela/Uhlmann, Milena/Kausch, Melanie (2016): Karrieren und Motivationen salafistischer Dschihadistinnen und Dschihadisten, in: Biene, Janusz/Daase, Christopher/Junk, Julian/Müller, Harald (Hg.): Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Campus: Frankfurt a.M., 117-158.

Hanganu, Elisa/Stichs, Anja (2016): Diversity auf dem Arbeitsmarkt in Hinblick auf die Herkunft und Religionszugehörigkeit, in: Genkova, Petia/Ringeisen, Tobias (Hg.): Handbuch Diversity-Kompetenz, Band 2: Gegenstandsbe-
reiche. Wiesbaden: Springer VS, 595-609.

Kollender, Ellen/Grote, Janne (2016): „Die Flüchtlinge“, „die Rassisten“ und „Wir“ – zu den Ambivalenzen im aktuellen Flüchtlingsdiskurs, in: Bogerts, Lisa/Schmetz, Martin (Hg.): Wie unsere Zukunft entsteht. Kritische Perspektiven zu Flucht und Migration nach Europa, Frankfurt (a.M.): Sicherheitspolitik-Blog, 21-31.

Worbs, Susanne (2016): Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge: Soziodemografie, berufliche Qualifikation und Erwerbsbeteiligung und Deutschland, in: Pfeffer-Hoffmann, Christian (Hg.): Profile der Neueinwanderung 2016. Analysen zum Wandel der Flucht- und Arbeitsmigration nach Deutschland. Berlin: Mensch und Buch Verlag, 41-53.

Veröffentlichungen in nationalen bzw. internationalen Zeitschriften

Baraulina, Tatjana/Bitterwolf, Maria (2016): Der Traum von Europa? Migrationsentscheidungen afrikanischer Flüchtlinge, in: Migration und Soziale Arbeit 4/2016, 292-301.

Heß, Barbara/Wälde, Marie (2016): Neue Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration, in: WISTA – Wirtschaft und Statistik. Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 83-89.

Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schumacher, Nils (2016): Mit KISSeS gegen PAKOs. Wie die pädagogische Praxis mit pauschalisierenden Ablehnungshaltungen umgehen kann, in: deutsche jugend 64 (09), 387-397.

Roth, Tobias/Siegert, Manuel (2016): Does the Selectivity of an Educational System Affect Social Inequality in Educational Attainment? Empirical Findings for the Transition from Primary to Secondary Level in Germany, in: European Sociological Review 32 (6), 779-791.

Siegert, Manuel (2016): Die Zuwanderung Schutzsuchender und ihre Integration in das Bildungssystem – Zahlen und Hintergründe, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens 3/2016, 308-321.

Sonstiges (Online, Zeitungen, Broschüren, kleine Heftchen etc.)

Brücker, Herbert/Fendel, Tanja/Kunert, Astrid/Mangold, Ulrike/Siegert, Manuel/Schupp, Jürgen (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland. Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen, IAB-Kurzbericht 15/2016, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Frindte, Wolfgang/Ben Slama, Brahim/Dietrich, Nico/Pisoiu, Daniela/Uhlmann, Milena/Kausch, Melanie (2016): Wege in die Gewalt. Motivationen und Karrieren salafistischer Jihadisten. HSFK-Report Nr. 3/2016.

Haas, Annette/Isermeyer, Folkhard/Petrack, Martin/Rich, Anna-Katharina/Sunder, Ellen (2016): Cluster „Arbeit und Sprache“, in: Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen Deutschlands, Ergebnisse der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA), basierend auf einem Workshop vom 18./19. Mai 2016, 3-7.



Kreienbrink, Axel: „Was wissen wir heute über Fluchtbewegungen von morgen?“ Debattencheck - Flucht und Migration, Wissenschaft im Dialog (03.11.2016). Online: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/debattencheck/unsere-expertinnen/dr-axel-kreienbrink/>.

Prothmann, Sebastian (2016): Der Islam im Senegal: Zwischen Sufi-Bruderschaften, Spiritualität und dem Herzensweg zu Allah, in: Lo’Nam, das afrikanische Magazin 2/2016, 20-21.

Siegert, Manuel (2016): Die aktuelle Zuwanderung nach Deutschland. Zahlen – Daten – Fakten, in: Transferkompass Niedersachsen – Migration: Kommunales Bildungsmanagement als Gelingensfaktor für Integration, Ausgabe Juni 2016, Osnabrück: Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Niedersachsen, 4-5.

Tangermann, Julian/Aissaoui Bennani, Hind (2016): Assessing The Evidence: Migration, Environment and Climate Change in Morocco. Genf: International Organization for Migration. Online: https://publications.iom.int/system/files/pdf/assessing_the_evidence_morocco_en.pdf.

Uhlmann, Milena (2016): France Tests “Tough Love” Deradicalisation Approach. ICSR Insight. Online: <http://icsr.info/2016/06/france-tests-tough-love-de-radicalisation-approach/>.

Uhlmann, Milena (2016): France’s challenges for working out a coherent strategy against violent radicalization and terrorism. A broad (and incomplete) outline. SiPoBlog-Fokus. Online: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2016/12/20/frances-challenges-for-working-out-a-coherent-strategy-against-violent-radicalization-and-terrorism-a-broad-and-incomplete-outline/>.

Uhlmann, Milena/El Difraoui, Asiem (2016). Radicalisation et déradicalisation, in: El Difraoui, Asiem: Le djihadisme. Presses Universitaires de France: Paris, 97-108.

4

Wissenstransfer

4.1 Besuchte Veranstaltungen (Auswahl)

Bestreben des Forschungszentrums ist es, Forschungsergebnisse nicht nur zu publizieren, sondern diese mit Vertretern der Wissenschaft auch zu diskutieren und sich weiter zu vernetzen. Zu diesem Zweck ist das Bundesamt nicht nur Ausrichter diverser Fachtagungen, sondern die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungszentrums nehmen regelmäßig an nationalen und internationalen Veranstaltungen zu den Themen Integration, Migration und Flüchtlingsschutz teil.

Mit Vortrag (auf Einladung)

Baraulina, Tatjana/Worbs, Susanne: „Lebenssituation von Geflüchteten in Deutschland: Bisherige Erkenntnisse aus der empirischen Sozialforschung“, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Flüchtlingsmanagement als Querschnittsaufgabe“ an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer, 14.11.2016.

Baraulina, Tatjana: „Erfahrungen der Resettlement-Flüchtlinge mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten in den Kommunen. Ergebnisse einer bundesweiten qualitativen Befragung“, Vortrag bei der Fachtagung Resettlement, Kontingente, humanitäre Aufnahme – politische Entwicklungen und Bedeutung für die Praxis, Frankfurt, 24.10.2016.

Bitterwolf, Maria: „Wer sind die Resettlement-Flüchtlinge? Exemplarische Einblicke in Sozialstruktur und Wanderungsgeschichten“, Vortrag bei der Fachtagung Resettlement, Kontingente, humanitäre Aufnahme – politische Entwicklungen und Bedeutung für die Praxis, Frankfurt, 24.10.2016.

Grote, Janne: „Freiwillige Rückkehr: Programme, Akteure und ihre Informationsvermittlungsstrategien“, Vortrag bei der XII. Jahrestagung Illegalität „Menschen ohne Papiere im Schatten der neuen Integrationsdebatte“, der Katholischen Akademie in Berlin, dem Katholischen Forum Leben in der Illegalität und dem Rat für Migration, Berlin, 02.-04.03.2016.

Grote, Janne: „Resettlement and humanitarian admission in Germany“, Vortrag bei der Tagung „Resettlement in Sweden and Europe – What works“ des schwedischen nationalen EMN-Kontaktpunkts, Stockholm, 13.10.2016.

Grote, Janne: „Resettlement, humanitarian admission programmes and private sponsorship in Germany“, Vortrag bei der Tagung „Responding to the refugee crisis“ des Economic & Social Research Institute und des irischen nationalen EMN-Kontaktpunkts, Dublin, 15.12.2016.

Heß, Barbara: „Migrationsanalyse und Fachkräftegewinnung in Deutschland“, Stuttgarter Arbeitsgespräche – Europa, Stuttgart, 19.02.2016.

Heß, Barbara: „The Blue Card, labour market needs and access to the labour market of refugees and asylum seekers“, Vortrag bei GDISC Labour Migration Conference, Riga, 11.02.2016

Kreienbrink, Axel: „Forschung im BAMF – Migrationspotenziale und Integration“, Vortrag auf der Tagung der Grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten (GVB), Ministerium des Innern Brandenburg, Potsdam, 8. September 2016.

Kreienbrink, Axel: „Managed Migration in Germany - with a View to the Labour Market“, Vortrag auf der 3rd National EMN Conference „Migration and Development: Cooperation with the Countries of Origin and Transit“, Secretaría General de Inmigración y Emigración, Madrid, 26. Mai 2016.

Kreienbrink, Axel: „Migration Research: a Perspective from the Federal Office for Migration and Refugees“, Vortrag auf dem Autumn Workshop der Alliance of Leading Universities on Migration (ALUM) „Bringing Together Research & Practice“, Universität Mannheim, Mannheim, 3. November 2016.

Kreienbrink, Axel: „Migration und Demografie - Herausforderungen für die EU“, Vortrag auf dem 2. Bremer Symposium zur Sicherheit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) und der Konrad-Adenauer-Gesellschaft (KAS) „Europa - Quo vadis?“, Bremen, 26. November 2016.

Kreienbrink, Axel: „Migration und Integration von Flüchtlingen als Herausforderung unserer Zeit“, Keynote auf der DGD- Jahrestagung 2016 „Aktuelle nationale und internationale Herausforderungen der Demografie“, Leipzig, 10. März 2016.

Kreienbrink, Axel: „Status quo der Flüchtlingswanderung“, Vortrag auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V. „Flüchtlinge und Sozialstaat - Chancen, Risiken und Handlungserfordernisse“, Evangelische Akademie Loccum, Loccum, 15. September 2016.

Neske, Matthias: „Was wissen wir über die Qualifikation von Asylbewerbern?“, Vortrag auf dem Tag der Jobcenter, Berlin, 01.03.2016.

Prothmann, Sebastian: „Migration und Flucht“ – Lokale Perspektiven – eine Spurensuche in Pikine, Senegal“, Vortrag beim Forum Africanum, Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg, 09.04.2016.

Prothmann, Sebastian: „...Entre mobilité et immobilité...: Migration, Masculinité et le quotidien dans un voisinage du Pikine, Sénégal“, Vortrag im Goethe Institut Dakar (Senegal), 28.10.2016.

Prothmann, Sebastian: „Migration und Flucht: Eine senegalesische Perspektive“, Vortrag im Eine Welt Zentrum Fürstenfeldbruck, Fürstenfeldbruck, 27.09.2016.

Rich, Anna-Katharina: „Migration – Herausforderungen und Chancen für Menschen und Räume“, Sommerkolloquium „Flüchtlinge auf's Land?! Herausforderungen und Chancen“, Hanns-Seidel-Stiftung, München, 18.07.2016.

Rühl, Stefan/Worbs, Susanne: „Aktuelle Daten zu Migration und Integration – Quellen und ausgewählte Ergebnisse“, Vortrag im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer „Grenzenloses Europa? Migration, Flucht, Asyl“ in der Politischen Akademie Tutzing, 02.02.2016.

Scheible, Jana A.: „Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten – Erste Ergebnisse zu Fluchtgründen und Fluchtwegen“, Vortrag bei der Fachveranstaltung „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“, Land Brandenburg, Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, Potsdam, 23.11.2016.

Siegert, Manuel: „Zuwanderung junger Flüchtlinge – Zahlen und Fakten“, Vortrag im Rahmen des Fachgesprächs „Bildungswege für junge Flüchtlinge in Deutschland“,

veranstaltet vom Institut für Öffentliches Recht der Georg-August-Universität Göttingen und dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Berlin, 19.05.2016.

Uhlmann, Milena: „Beratungsstelle Radikalisierung“, Vortrag im Rahmen der Sommerschule „Radicalisations“ des Centre national de la recherche scientifique, Paris, 15.09.2016.

Uhlmann, Milena: „How do we know we are having an impact“, Vortrag im Rahmen des Member States Support Workshops „Deradicalisation and Exit Facilities“ des Radicalisation Awareness Network (RAN), München, 08.-09.12.2016.

Uhlmann, Milena: „Prevention Programs in Germany“, Vortrag im Rahmen des German-Turkish Roundtable on International Affairs 2016 „The Temptation of the Call to Jihad: Recruitment of Foreign Fighters, Prevention and Cooperation“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 30.09.2016.

Uhlmann, Milena: „Radikalisierung und Prävention. Forschungsstand in Deutschland und Frankreich“, Vortrag im Rahmen der deutsch-französischen Gesprächsrunde „Strategien gegen Radikalisierung in Deutschland und Frankreich“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, 09.06.2016.

Uhlmann, Milena: „Wege in die Gewalt: Motivationen und Karrieren salafistischer Dschihadisten“, Vortrag beim Workshop des Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und der Deutschen Stiftung Friedensforschung im Rahmen der Fachtagung „Salafismus und politische Gewalt: Ursachen, Dynamiken und Handlungskonzepte“, Berlin, 14.04.2016.

Worbs, Susanne/Baraulina, Tatjana: „Lebenssituation von Geflüchteten in Deutschland – Bisherige Erkenntnisse aus der empirischen Sozialforschung“, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zum Flüchtlingsmanagement an der deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer, 14.11.2016.

Worbs, Susanne: „Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge: Soziodemographie, berufliche Qualifikation und Erwerbsbeteiligung“, Vortrag im Rahmen des Colloquiums „Profile der Neueinwanderung 2016 - Differenzierungen in einer emergenten Realität der Flüchtlings- und Arbeitsmigration“, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin, 18.04.2016.

Worbs, Susanne: „Die BAMF-Flüchtlingsstudie 2014. Zur Erfassung der Bildungsqualifikationen von Flüchtlingen in einer schriftlichen Befragung“, Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Refugees in Germany – Educational Trajectories and Social Integration“ des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe e.V., Bamberg, 24.11.2016.

Worbs, Susanne: „Geflüchtete Frauen – das unsichtbare Geschlecht?“, Vortrag im Rahmen der Tagung „Welcome Women to Work“ (Frau und Beruf e.V./Senat von Berlin), Berlin, 04.11.2016.

Worbs, Susanne: „Labour market integration of persons entitled to asylum and recognised refugees in Germany“, Vortrag im Rahmen des Workshops „Kanada vs. Deutschland: Ist Kanada das Modell für Immigration?“, Bamberg, 16.12.2016.

Worbs, Susanne: „Recognised refugees in Germany: Vocational qualifications and labour market integration“, Vortrag im Rahmen der IGC Working Group on Integration, Nürnberg, 02.11.2016.

Mit Vortrag (öffentliche Ausschreibung/Call for Papers)

Böhm, Axel/Worbs, Susanne: „Flüchtlinge schriftlich befragen? Erfahrungen aus der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014“, Vortrag auf der 4. Jahrestagung der Migrations- und Integrationsforschung in Österreich, Universität Wien, Wien (Österreich), 12.09.2016.

Büttner, Tobias/Stichs, Anja: „Familie und/oder Karriere? Die Einbindung zugewanderter Ehepartnerinnen und Ehepartner in den Arbeitsmarkt“, Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demografie, Leipzig, 10.03.2016.

Heß, Barbara/Rich, Anna-Katharina: „Bildung und Berufsgruppen von Migranten: Potenziale unterschiedlicher Zuwanderergruppen“, FORUM Zugang zu beruflicher Bildung für Zuwandernde: Chancen und Barrieren, IAB, Nürnberg, 11.07.2016.

Heß, Barbara: „Potenziale der Migration zu Erwerbszwecken und der humanitären Migration: Bildung und Berufsgruppen von Migranten“, Statistische Woche Augsburg, Session 6: Arbeitsmarkt/Bildung, Augsburg, 15.09.2016

Prothmann, Sebastian: „‘Atteindre l’opportunité’: Situation électorale et tactiques rusées – Mondialisation vécu

parmi des jeunes hommes coincé en immobilité à Pikine“, Vortrag bei 3e Rencontre des Jeunes Chercheur.e.s. en Études Africaines, Paris, 14.-16.01.2016.

Prothmann, Sebastian: „‘Génn rekk’ (Just get out of here): Perceptions of irregular migration among young men in Pikine, Senegal“, Vortrag bei der 18th Nordic Migration Conference in Oslo: Workshop Nr. 48: Mobility at the margins. Irregular migration and informal street work, Oslo, 11./12.08.2016.

Prothmann, Sebastian: „‘Kawmen danu cof’ Once idolized, today criticized? Young males’ perceptions of their diasporic counterparts in Pikine, Senegal“, Vortrag beim Workshop: ‘Migration and Mobilities in an Urbanising World’. Transnational Mobilities Development Network, Utrecht, 16./17.06.2016.

Prothmann, Sebastian: „‘We know crisis since our birth’: The Eurozone crisis and its perceptions among young men in Pikine, Senegal“, Vortrag beim jährlichen Treffen der African Studies Association (Nr. 59), Washington D.C., 01.-03.12.2016.

Prothmann, Sebastian: „Tekki bu gaaw (Schneller Erfolg) & Duñu bëgg toog (Wir wollen nicht sitzenbleiben): Perspektiven auf irreguläre Migration junger migrationswilliger Männer in Pikine, Senegal“, Vortrag bei der 1. Konferenz des Netzwerks Flüchtlingsforschung: „65 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“, Universität Osnabrück, Osnabrück, 06.-08. 10.2016.

Prothmann, Sebastian: „Young men’s socio-cultural indebtedness towards their migrated fathers – Perspectives from adult sons that stayed behind their father’s migration to Europe/USA in Pikine, Senegal“, Vortrag bei der 16. Internationalen Konferenz „Migration und Generation“, Innsbruck, 23.-25.06.2016.

Stichs, Anja/Siegert, Manuel: „Importierte Unabhängigkeit? Warum heiraten türkisch-stämmige Frauen in Deutschland Männer aus der Türkei?“, Vortrag auf der Frühjahrstagung „Familie und Migration“ der DGS-Sektion Familiensoziologie an der Universität Duisburg-Essen, Duisburg, 18.02.2016.

Wälde, Marie: „Neue Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration – Potentiale der Migration zu Erwerbszwecken und der humanitären Migration“, Vortrag bei der Tagung „Perspektiven von Migrantinnen und Migranten“, Wiesbaden, 31.05. und 01.06.2016.

Worbs, Susanne: „Weibliche Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge: Soziodemographie, Teilhabechancen

und Ansatzpunkte für die Integrationsförderung“, Vortrag im Rahmen der 1. Tagung des Netzwerks Flüchtlingsforschung „65 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“, Osnabrück, 08.10.2016.

Teilnahme an Podiumsdiskussionen

Babka von Gostomski, Christian: Abschlusspodium „Quo vadis kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik?“ der Fachtagung „Flüchtlinge willkommen? Flüchtlinge integriert!“ im Rahmen der Metropolitan Solutions 2016 (31.05.-02.06.2016), Messe Berlin, Berlin, 31.05.2016.

Grote, Janne: „Asylum and international protection – Selected key developments in Germany“, Information Briefing on the EMN Annual Report on Immigration and Asylum 2015 – Panel Discussion, Brüssel, 15.06.2016.

Uhlmann, Milena: Paneldiskussion „La déradicalisation – approches et enjeux“ der Deutschen Botschaft Paris, Paris, 18.05.2016.

Teilnahme an Fachgremien und Expertenworkshops

Babka von Gostomski, Christian/Kreienbrink, Axel/Volkert, Marieke: Teilnahme am Professorengespräch „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im BMI, Berlin, 11.08.2016.

Bitterwolf, Maria: Denkfabrik der Welthungerhilfe zu „Chancen von Migration“, Berlin, 14.11.2016.

Grote, Janne: BMI-Workshop Strategische Vorausschau „Szenarioanalyse - Migration 2030“, Berlin, 26.09.2016.

Heß, Barbara: „Ausländer in Deutschland: Wer kommt, wer geht, wer bleibt? Unterschiedliche Migrantengruppen und ihre Charakteristika“, Multiplikatorennetzwerk für Ökonomische Bildung des Hessischen Kultusministeriums, Weilburg, 13.09.2017.

Kreienbrink, Axel: Expertenworkshop Szenario-Entwicklung „Gesellschaft in Deutschland 2025“ der Alfred Herrhausen Gesellschaft, Berlin, 11.05.2016.

Kreienbrink, Axel: BMI-Workshop Strategische Vorausschau „Szenarioanalyse - Migration 2030“, Berlin, 27.06.2017 + 16.11.2017.

Kreienbrink, Axel: „Global Migration Data Workshop“ des Global Migration Data Analysis Centre (IOM) und des Auswärtigen Amtes, Berlin, 13.10.2016.

Kreienbrink, Axel: „Strukturen und Ursachen der Migration – ein aktueller Überblick“, Vortrag im Rahmen des internen Workshops „Vor welche Herausforderungen stellt die Migration die Finanz- und Haushaltspolitik mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung?“, Bundesministerium der Finanzen, Berlin, 7. Dezember 2016.

Rich, Anna-Katharina: DAFA-Workshop, „Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen Deutschlands“, Berlin, 18.-19.05.2016.

Rother, Nina: Arbeitstreffen zur Flüchtlingsintegration Österreich – Deutschland – Schweden, Bundesministerium Europa, Äußeres, Integration, Wien (Österreich), 18./19.10.2016.

Scheible, Jana A.: Teilnahme an interdisziplinärer Gesprächsrunde „Sprachenstandards und Standardsprache im europäischen Kontext – Deutsch-italienische interdisziplinäre Perspektiven“, Villa Vigoni, Lovenjo di Menaggio (Italien), 18.-20.10.2016.

Scheible, Jana A.: „Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten – Aktueller Stand und Entwicklungen“, Vortrag beim 8. Treffen Gesprächskreis „Migration und Integration in der Ressortforschung“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 10.11.2016.

Siebert, Manuel: Teilnahme am Workshop „ZiviZ-Survey 2016. Schwerpunkt: Engagement im Kontext der Flüchtlingszuwanderung“, Berlin, 25.04.2016.

Uhlmann, Milena: „Counter Narratives – ein Instrument der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit“, Co-Moderation, Workshop der „AG Deradikalisierung im GTAZ“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Berlin, 07. und 08. September 2016.

Uhlmann, Milena: „L'approche allemande de la prévention de la radicalisation et les programmes allemands de déradicalisation“, Anhörung vor dem Französischen Nationalen Beratungskomitee für Menschenrechte, Nürnberg, 02.12.2016.

4.2 Mitgliedschaften in Fachgremien, Juries, Beiräten

Baraulina, Tatjana: Mitgliedschaft in der Jury des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ 2016 zur Würdigung herausragender kommunaler Beispiele zu Migration und Entwicklung, Engagement Global, Servicestelle: Kommunen in der einen Welt, Bonn.

Kreienbrink, Axel: Beirat der Zeitschrift für Flüchtlingsforschung.

Kreienbrink, Axel: Beirat des ESRC Projekts „Seeing Illegal Immigrants: State Monitoring and Political Rationality“, University Edinburgh (<http://blogs.sps.ed.ac.uk/seeing-illegal-immigrants/>).

Kreienbrink, Axel: Beirat des BMBF-Verbundprojekts „Flucht: Forschung und Transfer (FFT)“ (<https://flucht-forschung-transfer.de/>)

Neske, Matthias: Data Advisory Board des Global Migration Data Analysis Centre (IOM), Berlin.

Uhlmann, Milena: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IDZ Jena - Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Worbs, Susanne: Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat des Projektes „Vielfaltsmonitor“ (europäisches forum für migrationsstudien/Bertelsmann Stiftung).

4.3 Veranstaltungen

Panels auf der Tagung des Netzwerks Flüchtlingsforschung: „65 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“, Osnabrück 6.-8. Oktober 2016

Im Oktober 2016 war das Forschungszentrum mit zwei selbst organisierten Panels auf der ersten Tagung des Netzwerk Flüchtlingsforschung „65 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“ vertreten.

Das von Dr. Christian Babka von Gostomski und Eva Bund organisierte Panel befasste sich mit dem Thema „Geflüchtete Frauen in Deutschland – Integrationsorientierungen

und Teilhabechancen des „unsichtbaren“ Geschlechts“. Es zeigte sich, dass die Flüchtlingsforschung zu diesem Zeitpunkt auf nur wenigen großen quantitativen Datensätzen aufbaute, so dass der Beitrag von Dr. Susanne Worbs und Axel Böhm (beide BAMF-FZ) zu geflüchteten Frauen in Deutschland großes Interesse hervorrief. Anhand der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, einer schriftlichen Befragung von rund 2.800 Menschen auf, die in den Jahren 2008 bis 2012 eine Asylberechtigung oder eine Anerkennung als Flüchtling erhielten, wurde auf Soziodemographie, Teilhabechancen der weiblichen Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen eingegangen sowie Ansatzpunkte für die Integrationsförderung herausgearbeitet. Daneben wurden von Dr. Susanne Lochner, Dominik Huber und Prof. Dr. Sonja Haug (alle OTH Regensburg) zu ihrer Studie, in der u.a. rund 750 Asylsuchende in Bayern befragt werden, vor allem methodische Herausforderungen bei der Befragung präsentiert. Abgeschlossen wurde das Panel durch einen Vortrag vom Dr. Christina West, Svenja Kück (beide Universität Heidelberg) und Prof. Dr. Havva Engin (Pädagogische Hochschule Heidelberg) mit einem Schwerpunkt aus Erfahrungen des Reallabors „Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region“.

Das von Tatjana Baraulina und Maria Bitterwolf organisierte Panel befasste sich mit dem Thema „Flüchtlinge auswählen? Aufnahmekriterien im Resettlement und bei anderen humanitären Programmen auf dem Prüfstand“. Vor dem Hintergrund einer hohen Zahl an potenziell aufzunehmenden Flüchtlingen legen die meisten Staaten für die Kontingente im Rahmen ihrer Aufnahmeprogramme über die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft bzw. über die Schutzbedürftigkeit hinaus zusätzliche Auswahlkriterien fest. Bei der Auswahl der Flüchtlinge werden beispielsweise auch sicherheitspolitische oder integrationspolitische Aspekte, wie etwa Bildung, Alter oder Religionszugehörigkeit, berücksichtigt. In den Vorträgen des BAMF-Forschungszentrums, von Dr. Henrika Wörman (niederländische nationale Kontaktstelle des EMN, angegliedert am Niederländischen Migrationsamt), sowie von Dr. Marcus Engler (Humboldt-Universität Berlin/UNHCR Deutschland) wurden Ergebnisse aus verschiedenen Studien zum deutschen und zum niederländischen Resettlement-Programm sowie zu den Humanitären Aufnahmeprogrammen des Bundes für syrische Flüchtlinge (HAP) präsentiert. In den Vorträgen wurde deutlich, welche Auswahlkriterien in den jeweiligen Programmen eine Rolle spielen, wie diese zustande gekommen sind, welche Herausforderungen sich bei einer Kriterien basierten Aufnahme ergeben und welchen Einfluss schutz- und integrationsbezogene Kriterien auf den Integrationsverlauf haben.

Bundespressekonferenz – Vorstellung der Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016

Auf der Bundespressekonferenz am 15.11.2016 präsentierten Dr. Nina Rother (BAMF-FZ), Prof. Dr. Brücker (IAB) und Prof. Dr. Jürgen Schupp (SOEP/DIW Berlin) vor der Hauptstadt-presse erste Ergebnisse der gemeinsamen IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016, die seitens BAMF-FZ in der Kurzanalyse 5/2016 sowie dem Forschungsbericht 29 vorgelegt wurden, und stellten sich den Fragen der Journalisten. Thematisiert wurden u.a. Aspekte wie Motive und Kosten der Flucht, Ankommen in Deutschland, Bildung und Sprache, der Weg der Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt sowie Werte, Persönlichkeitsmerkmale, soziale Beziehungen und das subjektive Wohlbefinden der befragten Geflüchteten.



Prof. Dr. Jürgen Schupp (SOEP/DIW Berlin), Dr. Nina Rother (BAMF-FZ) und Prof. Dr. Brücker (IAB) (v. l.) präsentieren den Forschungsbericht auf der Bundespressekonferenz. Bildn: IAB

Die Studie führte im Nachgang zu einem großen Medienecho und ist - zusammen mit der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014 - eine der zur Zeit wichtigsten.

Tag der offenen Tür der Bundesregierung, Berlin

Jährlich präsentiert sich die Bundesregierung in Berlin mit zahlreichen Informations- und Unterhaltungsangeboten den Bürgerinnen und Bürgern, die die Gelegenheit nutzen, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Im Rahmen des Tages der offenen Tür haben die Ministerien und deren nachgeordnete Geschäftsbereiche die Gelegenheit, ihre jeweiligen Aufgabengebiete der Öffentlichkeit vorzustellen.



Der Stand des Forschungszentrums beim Tage der offenen Tür der Bundesregierung im BMI. Betreut von: Sebastian Prothmann, Babara Heß und Jana A. Scheible (v. l.).

Der Tag der offenen Tür am 27. und 28. August 2016 war unter das Motto "Flucht, Migration, Integration" gestellt, was dem Bundesamt eine gute Gelegenheit gab, sein breites Angebot in den Bereichen Umsetzung staatlicher Integrationsangebote, Durchführung der Asylverfahren, Stärkung der Willkommenskultur bis hin zum Betreiben wissenschaftlicher Forschung zu Migrations- und Integrationsthemen zu präsentieren.

Das Forschungszentrum war gemeinsam mit der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) mit Infoständen im Bundesministerium des Innern vertreten und stellte seine Tätigkeiten und aktuelle Forschungsergebnisse vor.

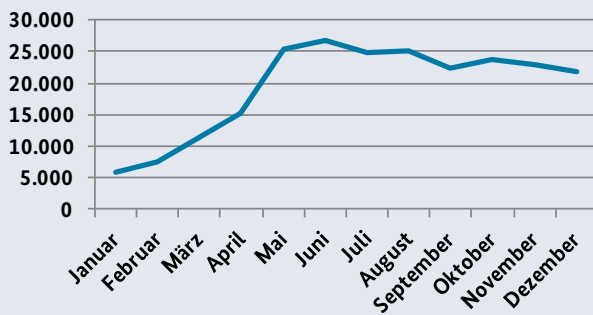
Die teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter standen den interessierten Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort. Wie in den vergangenen Jahren zeigte sich, dass das Interesse sowie der Informations- und Diskussionsbedarf beim Thema Migration, Asyl und Flucht ungebrochen hoch ist.

4.4 Mediales Angebot

Ergebnisse und Erkenntnisse des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl werden über vielfältige Informationskanäle auch online abgebildet. So wird über aktuelle Forschungsergebnisse bereits auf der Startseite des Internetauftritts des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge informiert. Zusätzlich werden diese über den monatlich erscheinenden Newsletter des Bundesamtes sowie zahlreiche weitere fachspezifische Verteiler und Newsletter der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Die Aufrufzahlen der zentralen Forschungsseite im Internetangebot des Bundesamtes <http://www.bamf.de/Forschung> lagen im Jahr 2016 mit 233.052 mehr als viermal so hoch wie im Jahr 2015, insbesondere aufgrund einer im Mai 2016 erfolgten Steigerung und seitdem anhaltenden Entwicklung. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass im Mai 2016 die dritte Ausgabe der BAMF-Kurzanalysen erschien, die bei den Downloads sogleich sehr erfolgreich war. Die Monatszahlen der Aufrufe der Forschungshauptseite sind aus der folgenden Darstellung ersichtlich.

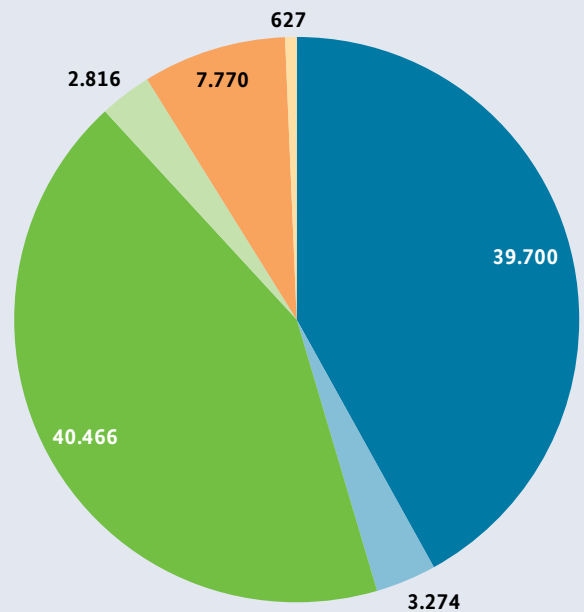
Abbildung 7: Übersicht über die Aufrufe des Internetangebotes 2016 des Forschungszentrums auf www.bamf.de (Zeitraum Januar - Dezember 2016)



Neues Format BAMF-Kurzanalysen

Mit dem neuen Format der „BAMF-Kurzanalyse“ soll der erkennbar gewachsene Bedarf nach rascher, kompakter Information zu aktuellen Themen der Migrations- und Integrationspolitik befriedigt werden. Kurzanalysen erscheinen anlassbezogen und beinhalten sowohl Befunde aus laufenden Studien des Forschungszentrums als auch Zusammenfassungen des Wissensstandes zu ausgewählten Themen. Sie werden ausschließlich online veröffentlicht. Die erste Ausgabe „Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland - Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen“ wurde am 11.01.2016 veröffentlicht. Bis zum Jahresende 2016 sind insgesamt sechs Ausgaben erschienen.

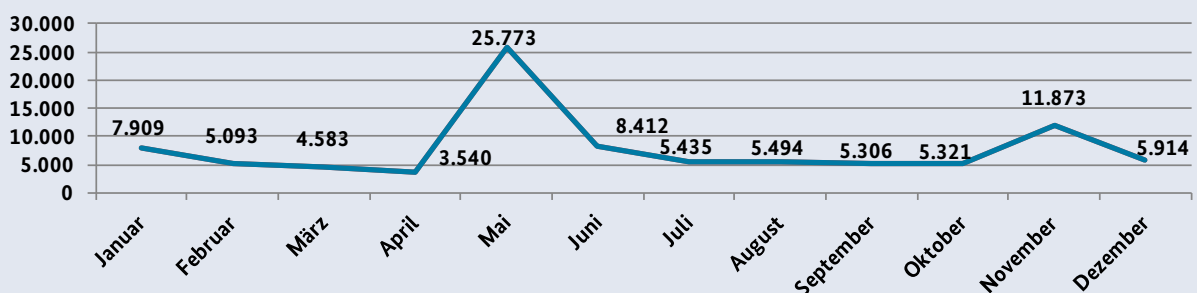
Abbildung 9: Verteilung der Downloadzahlen im Jahr 2016 auf die sechs BAMF-Kurzanalysen



- Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland (11.01.2016)
- Migrationsentscheidungen afrikanischer Resettlement-Flüchtlinge (27.04.2016)
- Asylantragsteller in Deutschland im Jahr 2015: Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit (19.05.2016)
- Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit von Asylantragstellenden (Halbjahr 2016) (20.10.2016)
- IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten – Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration (15.11.2016)
- Integration rumänischer und polnischer Zugewanderter (22.12.2016)

Die BAMF-Kurzanalysen erreichten im Jahr 2016 insgesamt 94.653 Downloads. Dabei entfielen 85 Prozent allein auf die erste und dritte Kurzanalyse. Dies zeigt den enorm großen Bedarf an Informationen zum Thema Asyl in diesem Jahr.

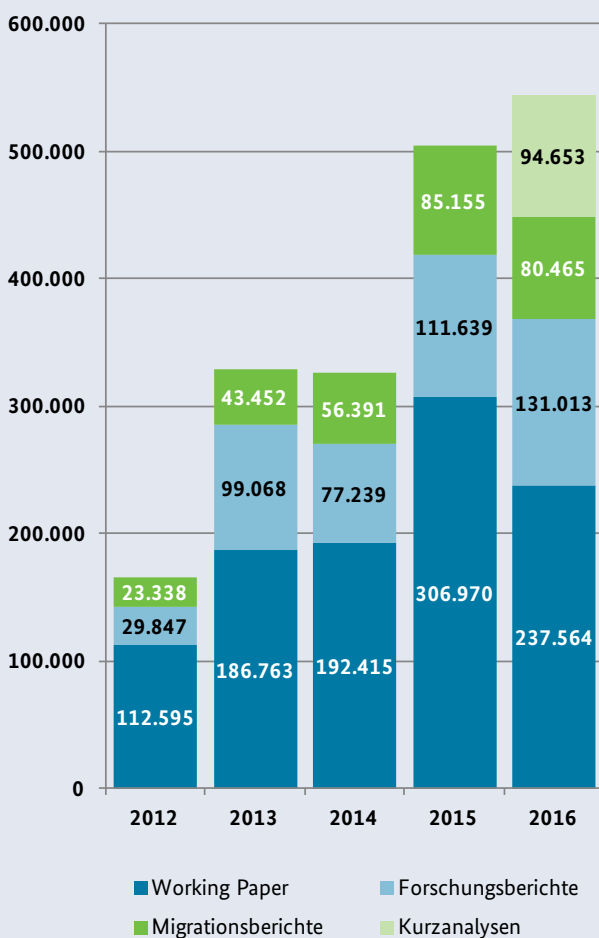
Abbildung 8: Entwicklung der Downloadzahlen bei den BAMF-Kurzanalysen über die Monate im Jahr 2016



Downloadzahlen von Forschungsstudien

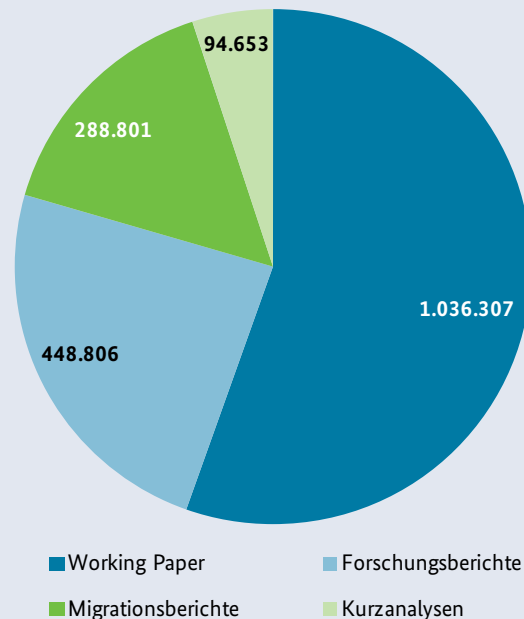
Die Ergebnisse des Forschungszentrums, die als Forschungsbericht erscheinen, sowie der Migrationsbericht können mehrheitlich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kostenfrei in gedruckter Form bezogen werden. Alle Publikationen (Working Paper, Forschungsberichte, Migrationsberichte, BAMF-Kurzanalysen) sind aus Gründen möglichst großer Transparenz und Zugänglichkeit zudem online verfügbar und im Internet unter www.bamf.de/forschung abrufbar.

Abbildung 11: Übersicht über die Entwicklung von Volltext-Anfragen (Zeitraum Januar 2012 - Dezember 2016)



Im Jahr 2016 wurden die Volltextangebote des Forschungszentrums (PDF-Dateien) über 543.000 Mal abgerufen. Das war gegenüber dem Vorjahr erneut eine Steigerung (8 %), die im Wesentlichen durch das neue Format der Kurzanalysen hervorgerufen wurde. Betrachtet man die letzten fünf Jahre, hat sich die Zahl der Zugriffe seit 2012 um über das dreifache gesteigert (228 %). Die Anzahl der Downloads im Zeitraum von 2012 bis 2016 lag zusammengezählt bei knapp 1,87 Millionen. Über die Hälfte gehen dabei auf die mittlerweile über 70 Working Paper und ein Viertel auf die über 30 Forschungsberichte samt Bänden der Beitragsreihe zurück.

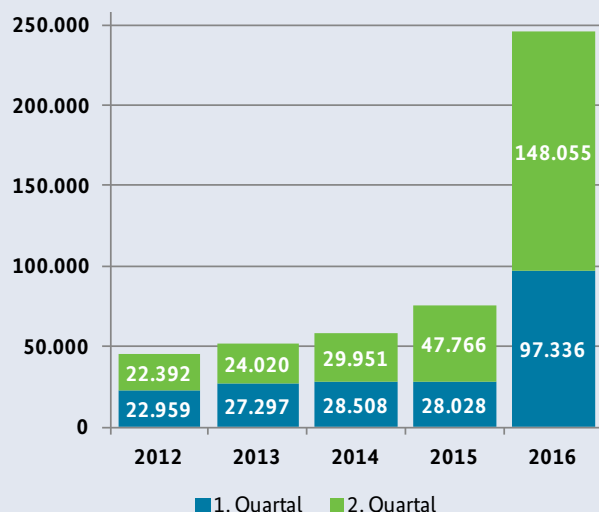
Abbildung 12: Übersicht über die kumulierten Downloads des Forschungszentrums auf www.bamf.de (Zeitraum Januar 2012 - Dezember 2016)



Online Präsentation EMN

Die Nationale Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) hat innerhalb der Internetpräsenz des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einen eigenen Bereich, um die Arbeit der Kontaktstelle und des EMN insgesamt darzustellen (www.emn-deutschland.de). Um die allgemeinen Informationen zum EMN, die verschiedenen Publikationen (Studien, Politikberichte, vergleichende Syntheseberichte und Informis, quartalsweise Bulletins sowie die Ergebnisse von Ad-hoc-Anfragen innerhalb des Netzwerks) sowie die Dokumentationen der eigenen Veranstaltungen

Abbildung 13: Übersicht über die Entwicklung der Aufrufe der Internetpräsenz des EMN (Zeitraum Januar 2012 - Dezember 2016)



zielgruppenfreundlicher zu präsentieren, wurde von der Nationalen Kontaktstelle des EMN in Zusammenarbeit mit der Internetredaktion des Bundesamtes eine neue und übersichtlichere Struktur der Unterseiten angelegt. Diese ist seit Anfang Februar 2016 online. Studien für das EMN, die im Forschungszentrum erstellt werden, sind somit über die Seiten Forschungszentrums als auch des EMN zugänglich. Zudem werden aktuelle Meldungen über Themen aus dem EMN-Bereich (publizierte Studien, eigene Veranstaltungen, internationale Tagungsbesuche) auch auf der BAMF-Startseite publiziert und über die verschiedenen Social-Media-Kanäle des Bundesamtes verbreitet. Wie die nebenstehende Abbildung zeigt, konnten durch diese Umgestaltung die Aufrufzahlen für die EMN-Seiten auf über 245.000 deutlich gesteigert werden, was einer Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr entspricht und so den Auftrag des EMN, verlässliche und aktuelle Informationen zu Migration und Asyl auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, unterstützt.

Soziale Medien

Seit 2014 werden durch das Bundesamt auch erstmals ausgewählte Forschungsergebnisse in den Sozialen Medien vorgestellt. Die Nutzerinnen und Nutzer haben die Möglichkeit, sich an moderierten Diskussionen zu beteiligen. Die Erfahrungen sind durchweg positiv, so dass an der Nutzung Sozialer Medien festgehalten wird. Im Rahmen einer neuen Ausrichtung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird im Berichtsjahr verstärkt zu aktuellen Themen auf BAMF-Studien und Forschungsergebnisse auch auf Twitter hingewiesen. Anspruch ist es, neben der Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit auch die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Arbeit des Forschungszentrums zu lenken.



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - BAMF
@bamf.socialmedia

Startseite
Info
Fotos
Willkommen/Netiquette
,Gefällt mir'-Angaben
Videos
Instagram

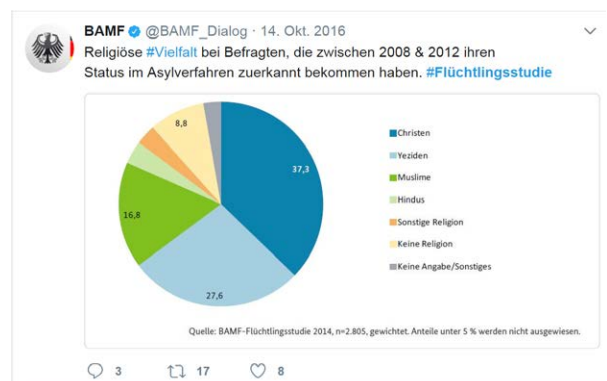
Das Jahr 2015 war geprägt von der Zuwanderung von Schutzsuchenden aus humanitären Gründen. Der Migrationsbericht gibt Ihnen einen umfassenden Überblick über Zu- und Auswanderungen im letzten Jahr: [#3Zahlen #BAMFforsch](http://bit.ly/2gHJQ0l)

#3Zahlen zum Migrationsbericht

Mit rund **442.000** Erstanträgen war das Jahr 2015 besonders durch Asylzuwanderung geprägt.

Die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten ist weiterhin stark, so macht die EU-Binnenmigration **39,6 %** des gesamten Zuwanderungsgeschehens nach Deutschland aus.

Die Zahl der Bildungsausländer, die ihr Studium in Deutschland begonnen, ist mit **99.100** Studierenden im Jahr 2015 erneut angestiegen.



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - BAMF
@bamf.socialmedia

Startseite
Info
Fotos
Willkommen/Netiquette
,Gefällt mir'-Angaben
Videos
Instagram
Veranstaltungen
Beiträge

[Eine Seite erstellen](#)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - BAMF
4. November 2016 · @

Wie verlaufen Migrationsbewegungen? Dr. Axel Kreienbrink vom BAMF-Forschungszentrum erklärt im Debattentcheck von Wissenschaft im Dialog, warum es unerlässlich ist, über zukünftige Migrationsbewegungen Prognosen abzugeben und wie wichtig wissenschaftliche Fakten in der aktuellen Debatte sind: <http://bit.ly/2fH4W5a>



'Auch wenn man nicht vorhersehen kann, wie sich die Migration in den nächsten Jahren entwickelt, zeigt der Blick in die Geschichte, dass Migrationsbewegungen wellenförmig verlaufen und manchmal hohe, manchmal niedrige Ausprägungen haben.'

Dr. Axel Kreienbrink leitet das Forschungsfeld „Weltweite und langfristige Migration, Lebens- und Integrationsbedingungen“ am BAMF-Forschungszentrum.

5

Vernetzung

5.1 Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN)

Ziel des EMN ist die Deckung des Informationsbedarfs der Gemeinschaftsorgane sowie der Behörden und Einrichtungen der Mitgliedstaaten zur Migrations- und Asylthematik durch Bereitstellung aktueller, objektiver, verlässlicher und vergleichbarer Informationen zu Migration und Asyl, um die diesbezügliche Politikgestaltung in der Europäischen Union zu unterstützen. Ebenso soll die Öffentlichkeit mit entsprechenden Informationen versorgt werden. Diese Aufgabe gründet sich auf eine Entscheidung des Rates der Europäischen Union vom 14.05.2008 (2008/381/ EG).

Neben den jährlichen Berichten zur Entwicklung der Migrations- und Asylpolitik sind durch die jeweiligen nationalen Kontaktstellen (NCP) Studien zu relevanten Themen zu erstellen. Die Studienthemen werden durch Mitgliedstaaten und Kommission jährlich in einem Arbeitsprogramm festgelegt. Auf der Grundlage der nationalen Studien und Berichte der Mitgliedstaaten werden jeweils umfassende Synthesberichte sowie Detailanalysen zu spezifischen Fragen (EMN Informs) erstellt, welche die zentralen Ergebnisse aller Studien zusammenfassen, die wichtigsten Aspekte hervorheben und diese in eine EU- Gemeinschaftsperspektive einbinden.

Die Ratsentscheidung zur Einrichtung des EMN schreibt zudem die Bildung eines nationalen Netzwerks mit relevanten Akteuren vor. Ein solches deutsches Netzwerk besteht seit 2004 und ist seitdem schrittweise ausgebaut worden. Unter den derzeit ca. 30 Mitgliedern sind vor allem Forschungsinstitute, einschlägige Lehrstühle, Behörden aus Bund und Ländern sowie Organisationen, die sich mit Migrationsfragen beschäftigen.

Das EMN-Arbeitsprogramm sah für das Jahr 2016 vier Fokus-Studien vor. Zu folgenden Themen wurden Studien erstellt:

Resettlement und humanitäre Aufnahme in Deutschland (Themenvorschlag der Nationalen Kontaktstellen des Europäischen Migrationsnetzwerks Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden)

- Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland (Themenvorschlag der Nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks aus Deutschland)
- Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland (Themenvorschlag der Nationalen Kontaktstellen des Europäischen Migrationsnetzwerks aus den Niederlanden und Norwegen)
- Illegale Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland (Themenvorschlag der Nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks aus Estland)
- Im Berichtszeitraum wurde auch der Jahresbericht zur Migrations- und Asylpolitik „Migration, Integration, Asyl. Politische Entwicklungen in Deutschland 2015. Jährlicher Bericht der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)“ erstellt und veröffentlicht.

Eine ausführliche Beschreibung der in 2016 bearbeiteten und erschienenen Studien findet sich in Kapitel 2.



5.2 Migration und Integration in der Ressortforschung

8. Treffen Gesprächskreis „Migration und Integration in der Ressortforschung

Nachdem durch die Umstände im Jahr 2015 im Bundesamt das jährliche Treffen entfallen musste, konnte am 10.11.2016 das nunmehr 8. Treffen des Gesprächskreises „Migration und Integration in der Ressortforschung“ in Nürnberg stattfinden. Entsprechend den Überlegungen zur Weiterentwicklung auf der vorherigen Veranstaltung konnte diesmal der Teilnehmerkreis erfreulicherweise erweitert werden. So nahmen diesmal Einrichtungen aus den Ressortbereichen Bildung und Forschung (BMBF), Bau (BMUB), Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Inneres (BMI), Gesundheit (BMG), Verkehr und Infrastruktur (BMVI) und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) teil. Wesentlicher Punkt der zweiteiligen Veranstaltung war die ausführliche Tour de table, in der die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Institutionen detailliert über ihre Projekte mit Bezug zu Migration und Integration berichteten. Entsprechend der Entwicklung der Migrationssituation 2015/2016 spielte der Aspekt Asyl und Flüchtlinge eine nicht unwesentliche Rolle.

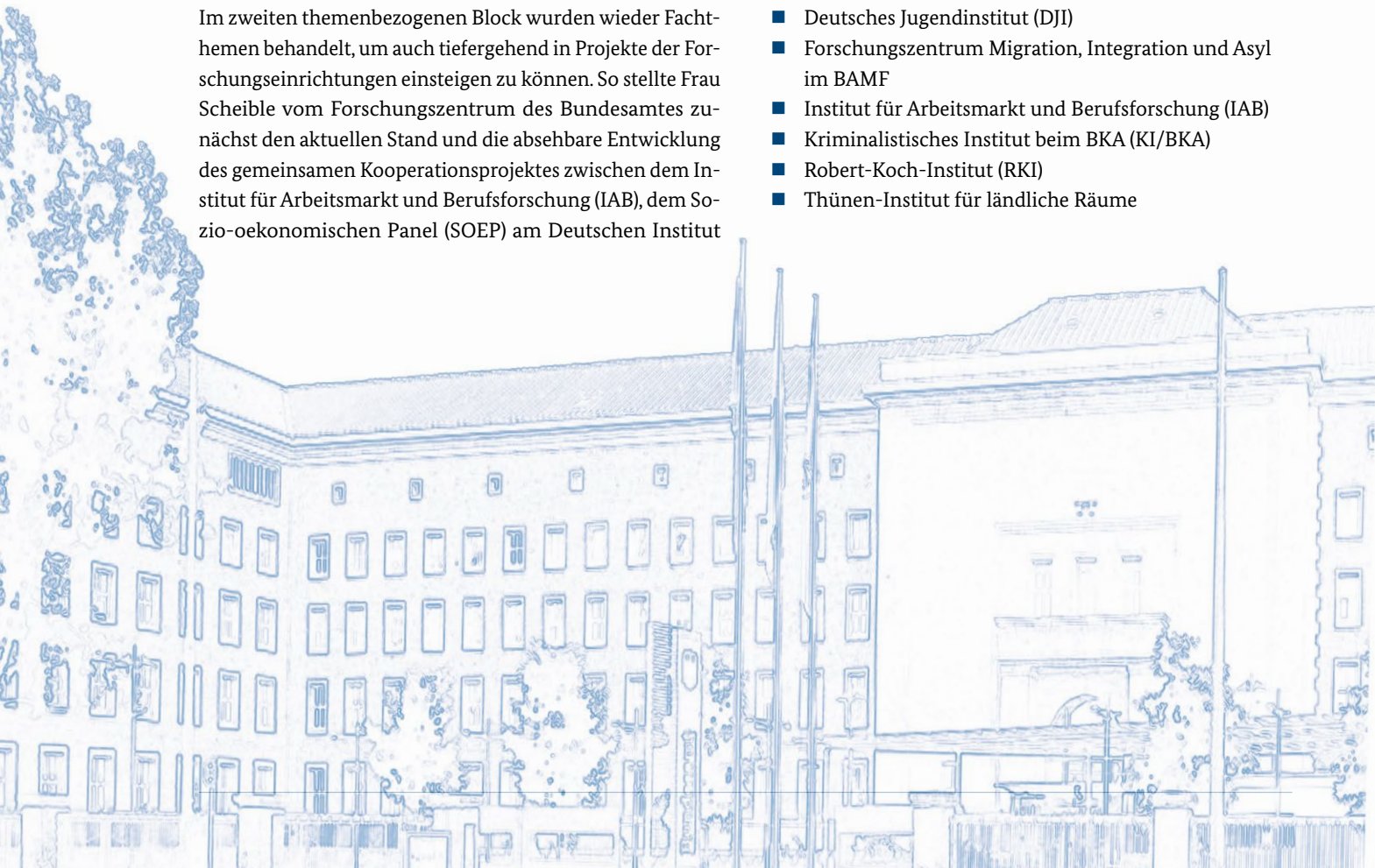
Im zweiten themenbezogenen Block wurden wieder Fachthemen behandelt, um auch tiefergehend in Projekte der Forschungseinrichtungen einsteigen zu können. So stellte Frau Scheible vom Forschungszentrum des Bundesamtes zunächst den aktuellen Stand und die absehbare Entwicklung des gemeinsamen Kooperationsprojektes zwischen dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut

für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Forschungszentrum „IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten“ vor, deren erste Ergebnisse kurz nach dem Gesprächskreis publiziert wurden. Frau Settlemeier vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) stellte das Projekt „Sprachlich-kommunikative Anforderungen in der beruflichen Ausbildung“ vor. Frau Lechner schließlich vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) stellt Ergebnisse des bundesweiten Forschungsprojektes „Die Sicht (un-)begleiteter junger Geflüchteter auf ihre Lebenslagen“ vor. Den Vorträgen schlossen sich rege Diskussionen an.

Der Austausch über aktuelle Forschungsvorhaben und -ergebnisse unter den Ressortforschungseinrichtungen brachte für alle Beteiligten neue Erkenntnisse und wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als wertvoll betrachtet. Für den Informationsaustausch und die Beantwortung der sich daran anschließenden Fragen hat sich diese Form des persönlichen Gesprächs bewährt. Der Gesprächskreis wird 2017 fortgesetzt.

Teilnehmende Institutionen

- Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt)
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumplanung (BBSR)
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)
- Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft (BiB)
- Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp)
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
- Deutsches Jugendinstitut (DJI)
- Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl im BAMF
- Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB)
- Kriminalistisches Institut beim BKA (KI/BKA)
- Robert-Koch-Institut (RKI)
- Thünen-Institut für ländliche Räume





Abkürzungsverzeichnis

AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BIB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BISP	Bundesinstitut für Sportwissenschaften
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BVFG	Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DIK	Deutsche Islam Konferenz
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DZA	Deutsches Zentrum für Altersfragen
EMN	Europäisches Migrationsnetzwerk
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
KfBG	Kriegsfolgenbereinigungsgesetz
MBE	Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
NCP	Nationaler Kontaktpunkt
RAM	Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SVR	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik



Anlage

Forschungsvorhaben im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2005-2016

Themenfeld Migration

Projekttitel	Status
Allgemeine Aspekte der Migration	
Migrationsbericht 2005 – 2014	a
Migrationsbericht 2015	a
Arbeiten zur Datenlage im Bereich Migration und Integration	a
Dokumentation von Forschungs- und Literaturnachweisen	a
EMN-Studie 2008 „Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland“	a
EMN-Studie 2010 „Zirkuläre und temporäre Migration“	a
EMN-Fokus Studie 2013 „EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen“	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland“	a
Ausmaß und Folgen von Umweltmigration	a
Soziale Komponente „SoKo“	l

Weltweite Migrationsbewegungen

Neuzuwandererpanel Pilotstudie	a
EMN-Studie 2006 „Rückkehr aus Deutschland“	a
Rückkehr und Rückkehrförderung	a
EMN-Studie 2009 „Rückkehrunterstützung in Deutschland“	a
Abwanderung von qualifizierten Personen mit Migrationshintergrund aus Deutschland	a
EMN-Studie 2007 „Familiennachzug in Deutschland“	a
EMN-Fokusstudie „Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland“	a
EMN-Studie 2011 „Visumpolitik als Migrationskanal?“	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen - Afrika	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – GUS	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – Ost-/Südostasien	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – Indien	a
Das Thema „Migration“ in den entwicklungsrelevanten Aktivitäten von institutionellen Akteuren und Migrantenorganisationen in Deutschland	a
Migration und Entwicklung zwischen Afrika und Deutschland: Buchprojekt BAMF-GIZ	a
EMN-Studie 2008 „Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland“	a

a = abgeschlossen, l = laufend, n = neu

Projekttitel	Status
EMN-Studie 2009 „Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung in Deutschland“	a
EMN-Fokusstudie 2016 „Resettlement und humanitäre Aufnahme“	a
Determinanten der Zielstaatswahl von Asylsuchenden	a
Migrationspolitische Bedeutung der Türkei	a
EMN-Studie 2012 „Die Zuwanderung internationaler Studierender nach Deutschland“	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr“	a
EMN-Fokusstudie 2016 „Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern“	a
Migrationsprozesse im Westbalkan: Bestandsaufnahme, Herausforderungen und Lösungsansätze	a
EMN-Fokus-Studie 2014 „Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen“	a
EMN-Fokus-Studie 2014 „Unbegleitete Minderjährige in Deutschland“	a
EMN Fokusstudie 2015 „Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und/oder -zwecken“	a
EMN Fokusstudie 2015: „Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte – Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt“	a

Migration und Arbeitsmarkt

EMN-Kleinstudie 2005 „Einreise und Aufenthaltsbedingungen in der EU für hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten: Deutschland“	a
EMN-Kleinstudie 2006 „Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland	a
Qualifizierte Arbeitsmigration in Deutschland in wirtschafts-, arbeitsmarkt- und entwicklungspolitischer Hinsicht	a
Arbeitsmigrationssteuerung: Zuwanderung von Fachkräften nach dem Zuwanderungsgesetz (§ 18 AufenthG)	a
Migranten in qualifizierten Dienstleistungen	a
Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten	a
EMN-Studie 2010 „Deckung des Arbeitskräftebedarfes durch Zuwanderung“	a
Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland	a
Selbstständige Zuwanderer und Rückkehrer	a
Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013	a
Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen“	a
Erwerbsmigration von „Blaue Karte EU“-Inhabern in Deutschland	a
Fachkräftezuwanderung im internationalen Vergleich	a
EMN-Fokus-Studie 2014 „Mobilitätsbestimmungen für Investoren, Selbstständige und sonstige Wirtschaftsvertreter in Deutschland“	a
Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern im Familiennachzug	l
EMN Fokusstudie 2015: „Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland“	a
EMN-Fokusstudie 2016: „Irreguläre Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland	l

Demographische Aspekte der Migration

Die alternde Gesellschaft	a
Migration und demographischer Wandel	a
Ältere Migranten	a

a = abgeschlossen, l = laufend, n = neu

Projekttitle	Status
Morbidität und Mortalität von Migranten	a
Fertilität von Frauen mit Migrationshintergrund	a
Auswirkungen des demographischen Wandels auf Gesundheit, Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen bei Migrantinnen und Migranten	a

Irreguläre Migration

EMN-Studie 2005 „Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland“	a
Studie „Umfang und Struktur der illegal aufhältigen Migrantenbevölkerung in Deutschland“ für den Prüfauftrag „Illegalität“ der Bundesregierung	a
Bekämpfung illegaler Beschäftigung von Ausländern in der erweiterten EU	a
Schätzmethode für den Umfang illegaler Migration	a
EMN-Fokus-Studie 2011 „Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration“	a
EMN-Fokus-Studie 2012 „Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug, Scheinehen und missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen“	a
EMN Fokusstudie 2015: „Irreguläre Migration und freiwillige Rückkehr Deutschland“	a

a = abgeschlossen, l = laufend, n = neu

Themenfeld Integration

Projekttitle	Status
Wissenschaftliche Begleitung der Integrationskurse	a
Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes	a
Arbeiten zur Datenlage im Bereich Migration und Integration	a
Kriminalität von Aussiedlern	a
Erfolgsbiographien von Migrantinnen	a
Muslimische Selbstorganisation und staatlicher Umgang mit muslimischen Organisationen im europäischen Vergleich	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Muslimisches Leben in Deutschland 2008“	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Islamische Religionsbedienstete in Deutschland (IREB)“	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern muslimischer und christlicher Religionszugehörigkeit“	a
Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM) 2006/2007	a
Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM) 2015	a
Integrationsreport (Dauervorhaben)	l
Indikatoren der Integration auf kommunaler Ebene	a
Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden	a
Integrationsverlauf von Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden: 4. Befragungswelle	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden: qualitative Ergänzungsstudie	a
IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten	l

a = abgeschlossen, l = laufend, n = neu

Projekttitlel	Status
Das Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland	a
Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen	a
(Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse	a
Die Integration von zugewanderten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Deutschland (BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013)	a
EMN-Studie 2014 „Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland“	a
Wissenschaftliche Begleitforschung zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)	a
Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen	a
Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen	l
Erklärungsansätze für Unterschiede beim Zweitspracherwerb	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD 2016)	l
Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“	l

a = abgeschlossen, l = laufend, n = neu

IMPRESSUM ■ ■ ■

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Gesamtverantwortung:

Renate Leistner-Rocca

Redaktion:

Christoph Walz, Forschungs- und Projektmanagement, Strategie,
Geschäftsstelle Wissenschaftlicher Beirat

Stand:

Juni 2017

Layout:

Jana Burmeister

Bildnachweis:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Seite 4, 9, 32, 35, 45, 42, 44, 47;
Jana Burmeister: Seite 5, 13;
iStock: Titel;
IAB Seite 42

Druck:

BAMF, Zentrale- und Außenstellenunterstützung

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bamf.de/forschung
